

Wöchentlich 70 Bl., wöchentlich 2.— M. im Voraus zahlbar. Postbezug 2.75 M. einjähr. Bestellgeld, Zustandsabnahme 2.50 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendsausgaben für Berlin sind im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Sport und Zeit“ und „Ruhetage“ „Fremde Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, Bild in die „Kühnenzeit“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das einwöchige Sonderheft des „Vorwärts“ „Kleinanzeigen“ das folgende Heft 25 Pfennig enthält zwei freigelegte Seiten, jedes weitere Heft 12 Pfennig. Sonderhefte des ersten Heft 10 Pfennig, jedes weitere Heft 10 Pfennig. Werte über 15 Pfennig zahlen für zwei weitere Arbeitshefte. Seite 60 Pfennig. Samstagshefte für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Einleitungsgebühr 2. wöchentlich von 5 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57556 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volkstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositentasse Lindenstr. 3

## Schiedsspruch im Metallkonflikt.

### Völlig unzureichend. — Heute Entscheidung der Streikleitung.

Nach zwölfstündigen Verhandlungen vor der vereinbarten Schlichtungsstelle wurde um 10 1/2 Uhr ein Schiedsspruch gefällt, der in seinem Wortlaut ziemlich umfangreich ist und die Mittellinie zwischen den Forderungen der Werkzeugmacher und dem „Entgegenkommen“ der Unternehmer zu finden sucht, jedoch nach jeder Richtung hin als unzureichend für die Arbeiterschaft bezeichnet werden muß.

Der Schiedsspruch sieht weder eine Lohnerhöhung vor, noch einen Tarifvertrag. Er enthält im wesentlichen den Vorschlag des Gewerberats Körner vom vorigen Freitag, nur mit dem Unterschied, daß er noch hinter ihm zurückbleibt.

Der Schiedsspruch, der übrigens, wie ausdrücklich festzustellen ist, nicht einstimmig, sondern mit Mehrheit gefaßt wurde, besagt in der Hauptsache:

„Die Stundentlöhne und Akkordverdienste der Werkzeugmacher sind einer Nachprüfung zu unterziehen. Die Nachprüfung hat sich nicht nur auf einzelne Akkorde zu erstrecken, vielmehr ist die Angemessenheit der Löhne und Akkorde ganz allgemein zu prüfen. Auch Erhöhungen des Verdienstes ganzer Gruppen im Werkzeugbau sind gegebenenfalls vorzunehmen. Sollte eine Einigung im Betriebe nicht zustandekommen, wird unter Mitwirkung der Verbände eine endgültige Entscheidung getroffen, wobei erforderlichenfalls die Akkordberechnungsgrundlagen (Geldhofnoten) für die einzelnen Werkzeugmachergruppen festzulegen sind.“

Der Schiedsspruch sieht weiter die Bestimmungen des Vergleichsvorschlages vor, den der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, den Parteien am Freitag bei den Vorverhandlungen unterbreitet hat und der im wesentlichen das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei strittigen Akkorden durch Einsetzung einer paritätischen Kommission sichert.

Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft heute, Donnerstag, um 4 Uhr nachmittags ab.

Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes halten es für ganz unmöglich, daß ein solches „Konstruktum von Schiedsspruch“ angenommen werden kann.

Heute um 11 Uhr wird die Streikleitung ihre Entscheidung zu dem Schiedsspruch treffen.

Die Funktionäre der streikenden Werkzeugmacher werden um 2 Uhr im Verbandshaus, Lindenstraße 83/85, zusammentreten, um zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen, dessen Ablehnung sicher ist.

Der Kampf wird weitergehen und wahrscheinlich noch größeren Umfang annehmen. Die Erwartungen, die an einen Schiedsspruch nach dem ganzen Verhalten des Verbandes Berliner Metallindustrieller geknüpft werden konnten, waren von vornherein nicht groß. Dennoch bedeutet dieser Schiedsspruch für die Werkzeugmacher wie für die Berliner Metallarbeiterchaft insgesamt eine große Enttäuschung.

## Befahrungsnot.

### Der Volksstaat Hessen und seine Belastung.

Von Staatspräsident B. Adeling.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Hessens sind durch die fremde Besetzung entscheidend beeinflusst. Der Bevölkerung nach — Hessen zählt rund 1,3 Millionen Einwohner — sind fast 40 Proz. Hessens besetzt (in Preußen 5,9 Proz.). Der unbefetzte Teil des Landes steht zum größten Teil als Randgebiet unter den Einwirkungen der Besetzung. Das heffische besetzte Gebiet war der wirtschaftlich wertvollste Teil des Landes. Im Jahre 1921 kamen über die Hälfte der Gewerbesteuer im besetzten Gebiet auf, und ähnliche Zahlen ergeben sich bei der Einkommensteuer. Die verheerenden Folgen übermäßiger Besetzung und des Ruhrkampfes haben die Steuerkraft des heffischen besetzten Gebiets schwer beeinträchtigt und die Finanzverhältnisse des Landes in Unordnung gebracht. Hessen fordert deshalb vom Reich einen Ausgleich. Es kann auch dem Lande nicht zugemutet werden, diese schweren Schädigungen aus eigener Kraft auszugleichen. Kosten dieser Art müssen vom ganzen Reich gemeinsam getragen werden. Die Erledigung dieser Angelegenheit ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit für den Volksstaat Hessen unter seiner neuen Regierung.

Die verminderte Leistungsfähigkeit des besetzten Gebiets hat ihren Grund hauptsächlich im Daniederliegen der Wirtschaft. Industrie, Handwerk, überhaupt alle Wirtschaftszweige haben in den vergangenen Jahren auf das schwerste gelitten. Abwanderung der Industrie in das unbefetzte Gebiet, zerrissene Geschäftsverbindungen, starker Rückgang der Handwerksbetriebe (1922 im heffischen besetzten Gebiet rund 15 000, 1924 rund 10 000, heute etwa 12 500!), das sind ein paar Stichworte, die die Not Hessens beleuchten.

Diese ungünstige Entwicklung ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Provinz Rheinhessen neben der bayerischen Pfalz im Mittelpunkt des Ruhrkampfes stand, wenn man weiter sich einige Zahlen über die Stärke der im heffischen besetzten Gebiet befindlichen Besatzungstruppen vor Augen führt. Am 15. September 1927 befanden sich von 75 443 fremden Besatzungsangehörigen in Deutschland fast 20 000 allein auf heffischem Boden. Das sind 26 1/2 Proz., während die Bevölkerung des heffischen besetzten Gebiets nur 13,1 Proz. der Gesamtbevölkerung der besetzten Gebietsteile ausmacht. Da sich die Verminderung der Besatzungstruppen in Hessen fast gar nicht bemerkbar gemacht hat, ist der Anteil Hessens an der Besetzung, der im Jahre 1925 übrigens „nur“ 25 Proz. betrug, unterdessen noch weiter gestiegen.

Deutlicher wird die heffische Belastung bei Betrachtung der Beschlagnahmungen. In privateigenen Gebäuden waren am 15. September 1927 im ganzen besetzten Gebiet beschlagnahmt insgesamt 4101 Wohnungen, davon in der bayerischen Pfalz 654, in Hessen allein aber 1126. Beim Vergleich einzelner Städte tritt die geradezu ungeheuerliche Belastung der Stadt Mainz hervor. In Mainz waren 312 Bürgerwohnungen beschlagnahmt, in Koblenz 165, in Landau 200, in Trier 478, in Wiesbaden 527 und in Mainz 878! In der gesamten 2. Befahrungzone ist die Zahl der beschlagnahmten Bürgerwohnungen 838, also um 40 geringer als allein in der Stadt Mainz! In 119 Wohnungen besteht in Mainz noch gemeinsame Küchenbenutzung mit der fremden Besatzung. In Mainz sind zurzeit 8684 Wohnungssuchende, davon 3691 ohne Wohnung. Die entsprechenden Zahlen sind für Trier 1152, Speyer 1203, Koblenz 2200. Das heffische besetzte Gebiet mit Mainz ist also der Mittelpunkt der französischen Besetzung; die letzten Besatzungsangehörigen werden sich in Mainz befinden. Gegenwärtig ist jeder siebente Einwohner in Mainz ein Franzose.

Daß Hessen bei diesen Verhältnissen eine weitgehende Hilfe des Reichs zur Stützung seiner Finanzen, aber auch für das notleidende besetzte Gebiet selbst ermarket, wird allgemein verstanden werden. Insbesondere müssen alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um das Wirtschaftsleben wieder in die Höhe zu führen. Dazu gehören Aufträge der Reichsbehörden an Firmen des besetzten Gebiets, es gehört dazu die Förderung wirtschaftlich wichtiger Unternehmen, wie zum Beispiel die Verbreiterung der Straßenbrücke bei Mainz, wofür beim Reich Mittel beantragt sind, ferner weitere wohnungsbauliche Maßnahmen des Reichs, insbesondere für Mainz, aber auch Reichshilfe für die kulturellen Einrichtungen, wie Theater, Museen usw., schließlich müßten Mittel zur Hebung des Fremdenverkehrs zur Verfügung gestellt werden.

Alle diese Maßnahmen können natürlich dem besetzten Gebiet keinen Ausgleich geben für die Schäden und Lasten, die die Besetzung weiterhin mit sich bringt. Am schlimmsten ist es, daß die Städte des besetzten Gebiets sich in dem schweren Existenzkampf nicht so rühren können, wie es notwendig wäre, um einen wirtschaftlichen Niedergang zu verhindern.

## Ratsbeschuß über St. Gotthard.

### Einsetzung eines Dreierausschusses.

W. Schw. Genf, 7. März. (Eigenbericht.)

Die heutige Ratsitzung brachte die Klärung der Investigationsfrage. Ein Dreierausschuß wurde eingesetzt, der möglichst bis zum Sonnabend das umfangreiche von Ungarn vorgelegte Entlastungsmaterial prüfen soll. Dann wird voraussichtlich die Entsendung einer Inspektionskommission aus Experten des Völkerbundsekretariats an den Ort des Verfalls beschlossen werden.

In der vertraulichen Ratsitzung heute morgen wurde zunächst der bekante Schritt des Ratspräsidenten Tschenglo gegenüber Ungarn besprochen. Chamberlain bestritt, daß der Präsident das Recht gehabt hätte, von der ungarischen Regierung zu fordern, daß sie das Material unzerstört lasse. Die Debatte über die Befugnisse des Ratspräsidenten nahmen aber eine solche Ausdehnung an, daß auf Vorschlag Stresemanns die ganze Frage der Befugnisse des Ratspräsidenten zwischen den Tagungen demnächst einmal im Zusammenhang geprüft werden soll. Dann schlug Briand vor, die

#### ungarische Angelegenheit in öffentlicher Sitzung

zu beraten. Der Rumäne Titulescu, dem man anmerkte, daß er die ganze Aktion gegen Ungarn nur mitmacht, weil er es der Tschekoslowakei nicht abschlagen konnte, ohne die kleine Entente zu sprengen, verließ eine maßvolle Erklärung.

Als der ungarische Vertreter Tanczos antwortete, zeigte sich sofort die ganze Unsicherheit der Bethlen-Regierung. Statt einen Mann zu schicken, der den Standpunkt seines Landes wie ein geschickter Anwalt verteidigt, erscheint ein

#### General mit Monokel,

der in militärischer Kürze Ungarn zu verteidigen suchte. Der andere Monokelhaber des Rats, Chamberlain, kam ihm sofort mit dem Vorschlag zu Hilfe, den Dreierausschuß einzusetzen, damit sich der Ungar nicht weiter vor dem Rat blamiere. Da aber griff Briand ein:

#### Er fragte nach den Begleitpapieren der Waffenfundung,

um in aller Deffenlichkeit einmal festzunageln, von wem und an wen sie gefandt war, und er wollte wissen, warum die ungarische Regierung die Waffen zerstört habe trotz des Einspruches der kleinen Entente und des Ratspräsidenten.

Statt einer Antwort wählte der Ungar nichts Besseres zu tun, als den angeblichen Originalfrachtbrief in der Luft herumzuschwenken, ohne aber auf seinen Inhalt einzugehen. Die zweite Frage wollte er damit erledigen, daß Ungarn bereits Anfang Januar die Zerstörung angekündigt habe. Seine Situation wurde unter den von Scherzen und wihigen Formulierungen durchgehenden Worten Briands so peinlich, daß der Italiener Salasja sich ins Mittel legte und an den Vorschlag des Dreierausschusses erinnerte. Man müsse die Einzelheiten doch erst

untersuchen, bevor man sie öffentlich diskutiere. So wurden der Holländer von Blokkand, der Finne Procope und der Chilene Billegas beauftragt, den Ungarn im einzelnen zu vernehmen. Für die nächsten Tage gehen also die Untersuchungen im geheimen weiter. Aber es wird sich dann doch herausstellen, inwieweit Ungarn mit seinen Entlastungsversuchen Glück hat.

## Woldemaras läßt den Rat abfahren.

„Wie die Alten jungen...“ Nachdem Woldemaras gesehen hat, wie sein großer jüdischer Bruder und Protektor Mussolini mit dem Völkerbund umspringen darf, ohne zur Ordnung gerufen zu werden, nimmt er sich ebenfalls Dreistigkeiten heraus: Der holländische Außenminister von Blokkand hatte im Auftrage des Rates ein Telegramm an ihn gerichtet um Auskunft über die Absichten Litauens gegenüber Polen zu erhalten, die Woldemaras am besten durch persönliches Erscheinen in Genf dem Rat geben könnte. Der litauische Ministerpräsident hat darauf sehr barsch geantwortet, daß die Entschlebung vom 10. Dezember 1927 ein solches Verfahren nicht vorsehe und daß es ihm „materiell unmöglich“ sei, „in so kurzer Frist noch im Laufe dieser Session nach Genf zu kommen“.

Wenn Woldemaras gewollt hätte, dann würde er auf Grund dieses ihm spätestens am Montagabend zugegangenen Telegramms inzwischen schon längst aus Rom abgereist sein und er wäre dorthin rechtzeitig in Genf eingetroffen. Aber er will eben nicht. Das ganze Verhalten Litauens seit dem Dezemberbeschluß des Rates ist eine einzige Verhöhnung des Völkerbundes.

## Sechs Bergarbeiter tot.

### Schweres Grubenunglück bei Neurode.

Neurode, 7. März.

Heute nachmittag ereignete sich auf dem Kundenschacht der Wenzelsgrube in Ludwigsdorf bei Neurode ein Kohlenstaureausbruch.

#### Sechs Bergleute wurden dabei getötet.

Achtzehn weitere Bergleute wurden in der Grube eingeschlossen. Den unermüdeten Arbeiten der Rettungskolonnen gelang es gegen Abend, von den eingeschlossenen achtzehn Bergarbeitern sieben zu bergen, die alle wieder ins Leben zurückgerufen werden konnten. Infolge der immer noch austretenden Kohlenstaure gestalteten sich die Bergungsarbeiten sehr schwierig.



# Dritter Kongress der S.A.Z.

Brüssel, 5. bis 11. August 1928.

## Einberufung und Geschäftsordnung.

Die Exekutive der S.A.Z. hat gemäß Artikel 6 der Statuten den Kongress der S.A.Z. für den 5. August 1928 nach Brüssel einberufen.

Der Kongress wird im Maison du Peuple (17, Rue Joseph Stevens) tagen, am 5. August um 10 Uhr vormittags beginnen und seine Beratungen voraussichtlich am 11. August abends beenden.

## Tagesordnung.

Die von der Exekutive beschlossene provisorische Tagesordnung lautet:

1. Der Militarismus und die Abrüstung.
2. Das Kolonialproblem.
3. Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse.
4. Bericht und Antrag der Internationalen Frauenkonferenz.
5. Organisation der S.A.Z.

Zußerdem wurde beschlossen, auf die Tagesordnung des Kongresses einen Punkt zu setzen, der die politische Lage und speziell die Gefahren für die Demokratie behandeln soll. Die endgültige Formulierung dieses Punktes wurde dem Bureau übertragen.

## Massenfundgebungen.

Sonntag, den 5. August, nachmittags, findet eine Massenfundgebung der sozialistischen Jugend Belgiens in Brüssel statt.

Sonntag, den 12. August, findet aus Anlaß der Jubiläumsfeier der Genossenschaften von Lüttich eine große internationale Massenfundgebung in Lüttich statt.

## Teilnahmeberechtigung.

Am Kongress sind die der S.A.Z. angeschlossenen Parteien teilnahmeberechtigt (Artikel 7 der Statuten).

Auf Beschluß der Exekutive können Vertreter von Parteien, über deren Beitritt zur S.A.Z. Verhandlungen schweben oder die von ihr besonders eingeladen wurden, Karten als Gastdelegierte erhalten.

## Stimmzahl, Anzahl der Delegierten und Kongressbeitrag.

Jeder Partei wird von der Exekutive gemäß Artikel 8 der Statuten eine bestimmte Zahl von Stimmen zugeteilt.

Auf jede Partei entfallen für die erste Kongressstimme fünf Delegierte, für jede weitere Kongressstimme drei Delegierte. Das Maximum der Delegierten einer Partei ist sechzig (Artikel 9 der Statuten).

Außer ihren ordentlichen Delegierten kann jede Partei Gastdelegierte entsenden, die am Kongress weder das Wort ergreifen können, noch Stimmrecht haben. Die Anzahl der Gastdelegierten darf die Zahl der ordentlichen Delegierten nicht übersteigen.

Für jeden Delegierten und jeden Gastdelegierten ist von der Partei ein Beitrag für die Teilnehmerkarte zu entrichten (Artikel 10 der Statuten).

Dieser Beitrag wird nach der wirtschaftlichen Lage der Länder abgestuft. Er beträgt für Oesterreich 20 Schweizer Franken.

## Anträge.

Zur Stellung von Anträgen sind nur die angeschlossenen Parteien berechtigt. Anträge zum Kongress müssen bis spätestens 1. Juni 1928 beim Sekretariat der S.A.Z. einlangen. Später einlaufende Anträge können nur über besonderen Beschluß des Kongresses in Verhandlung gezogen werden.

Es folgen Bestimmungen über die Geschäftsordnung des Kongresses und die Zusammensetzung der Kommissionen.

## Dritte Internationale Frauenkonferenz.

Am 3. und 4. August 1928 findet in Brüssel im Maison du Peuple (17, Rue Joseph Stevens) eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz statt. Die Konferenz wird am 3. August um 3 Uhr nachmittags im Salle des Conférences eröffnet. Auf Grund des Beschlusses der Internationalen Frauenkomitees der S.A.Z. wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Die sozialistischen Forderungen der politischen Arbeiterbewegung:
  - a) für Mutter und Kind;
  - b) für die Frau im Betrieb;
  - c) in der Fürsorge für Hilfsbedürftige.
2. Tendenzen zur Mobilisierung der Frauen in Kriegszeiten.

An der Konferenz sind nur Angehörige der der S.A.Z. angeschlossenen Parteien teilnahmeberechtigt.

Jede Landes- (respektive Nations-) Gruppe hat an der Konferenz so viel Stimmen, als sie Vertreterinnen im Internationalen Frauenkomitee hat. Das Maximum der Delegierten einer Landes- (respektive Nations-) Gruppe ist zwanzig.

## Konferenz für Zeitungsfragen und Beratung über Erziehungsfragen.

Am 11. August um 10 Uhr vormittags tritt im Maison du Peuple die dritte Konferenz der S.A.Z. für technische Zeitungsfragen zusammen. Die Bedingungen für die Teilnahme werden dieselben sein, wie bei der zweiten Konferenz in Berlin, das heißt, im Maximum soll jedes Land vier Vertreter, die mit den technischen und administrativen Angelegenheiten der Presse vertraut sind, entsenden.

Im Zusammenhang mit dem Kongress findet auch eine Beratung über sozialistische Erziehungsfragen, am 8. August statt.

## Ausstellung sozialistischer Literatur.

Während der Tagung des Kongresses wird im Maison du Peuple eine Ausstellung sozialistischer Literatur der der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien stattfinden. Jene Parteien, die sich an dieser Ausstellung beteiligen wollen, werden ersucht, sich mit dem Lokalkomitee des Kongresses in Brüssel in Verbindung zu setzen und bis spätestens 1. Juni bekanntzugeben, wieviel Raum sie für ihre Ausstellung benötigen.

## Anmeldungen, Bequartierung, Visa usw.

Jede Partei muß die Anzahl und die Namen der von ihr zu entsendenden Delegierten bis längstens 1. Juli 1928 an folgende zwei Stellen bekanntgeben:

- a) Sekretariat der S.A.Z., Zürich 2, Stoderstraße Nr. 41;
- b) Lokalkomitee: Joseph van Rosbroeck, Brüssel, 17, Rue Joseph Stevens (Maison du Peuple). Telegramm-Adresse: Vanrosbroeck, Rolskuis, Brüssel.

Alle Wünsche, Anfragen usw., welche die Tätigkeit des Kongresses betreffen, sind an das Sekretariat der S.A.Z. zu richten.

Alle Bestellungen, Anfragen bezüglich des Quartiers, sind ausschließlich an das Lokalkomitee zu richten, welches die Quartiere besorgt.

Alle Wünsche, Anfragen usw., betreffend Passvisa, sind an das Lokalkomitee zu richten.

## Eintrittskarten.

Karten für die Delegierten, Gastdelegierten und für die Vertreter der Parteipresse werden ausschließlich durch das Sekretariat der S.A.Z. ausgegeben. Karten für die Vertreter der Presse, soweit es sich nicht um die Presse der der S.A.Z. angeschlossenen Parteien handelt, werden ausschließlich vom Lokalkomitee ausgestellt.

Zürich, 28. Februar 1928.

## Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

## Ein Phoebeus-Bericht in Sicht!

Dienstag Debatte im Haushalts-Ausschuss.

Reichskanzler Marx hat gestern zuerst Vertreter der bisherigen Regierungsparteien, später hintereinander auch Sozialdemokraten, Demokraten und Wirtschaftsparteiler empfangen, um sie über den Stand der Phoebeus-Angelegenheit zu unterrichten. Der Reichskanzler hat sich entschlossen, entsprechend dem Beschluß des Hauptauschusses, einen Bericht an den Reichstag zu geben, in dem die wirtschaftlichen und etatsrechtlichen Zusammenhänge dieser Angelegenheit klargestellt werden sollen. Der Bericht soll so rechtzeitig abgeschlossen werden, daß er am Montag dem Haushaltsausschuss und damit der Öffentlichkeit vorgelegt werden kann. Am Dienstag soll dann im Haushaltsausschuss die Aussprache über ihn beginnen.

## Phoebeus-Wirtschaft — keine Bilanz seit 1926!

Die Direktion der Phoebeus A.-G. erklärte gestern auf der Generalversammlung, daß sie wegen Ueberfaktung weder die Bilanz für 1926 (!!) noch für 1927 hätte fertigstellen können.

Es müssen sich in der Tat sehr merkwürdige Dinge hinter den Kulissen dieses „nationalen“ Filmunternehmens abgespielt haben, wenn die Direktion so das Recht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Vermutlich ist es den Herren bisher noch nicht gelungen, ihre Bilanz mit den bekanntgewordenen Verlusten in Uebereinstimmung zu bringen.

## Stegerwald bekommt Gesellschaft.

Auch der Kronprinz bewundert Mussolini.

London, 7. März. (Eigenbericht.)

Eine englische Nachrichtenagentur meldet aus Rom, daß der deutsche Kronprinz, der sich zurzeit unter dem Namen eines Grafen von Weidern in Staßen aufhält, am Mittwoch

in einem Interview das faschistische Italien als das Symbol von Ordnung und Disziplin bezeichnet habe. Er (der Kronprinz) habe große Bewunderung für Mussolini. Mussolini sei ein Genie und in einer Zeit der Wille zur rechten Stunde gekommen.

## Preußens Handelsetat.

Eine Wirtschaftsdebatte im Landtag.

In der Landtagssitzung am Mittwoch wurden zunächst die Eingemeindungsgeetze für das westfälische Industriegebiet in dritter Lesung nach den Beschlüssen zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgte der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Genosse Thiele entwickelte die Stellung der Sozialdemokratie zur Wirtschaftsetage. Er gab ein überwältigendes Zahlenmaterial dafür, daß die Produktivität der deutschen Wirtschaft beispiellos gestiegen ist, Preisentlung und entsprechende Lohnerhöhungen aber gänzlich ausgeblieben sind. Infolge der Schwäche des Kapitalmarktes nehmen die Grohumentnahmen nicht wie früher zu, sondern befreiten alle Ausgaben für Betriebsverbesserungen aus laufenden Einnahmen. Die selbstverständliche amerikanische Erkenntnis, daß nur wesentlich höhere Löhne und Gehälter die Fortdauer der guten Wirtschaftsjunktur sichern können, ist der Wille der auspernungswilligen deutschen Unternehmer noch nicht aufgegangen. Darum fehlt jede Basis für die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft, und darum muß im Kampf den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten ein viel höherer Einfluß auf die Wirtschaft, insbesondere das Kartellwesen erkämpft werden.

Handelsminister Dr. Schreiber wußte auch von seinem bürgerlichen Standpunkt aus den Mangel an Einfluß auf der Unternehmensebene bedauern. Er führte im übrigen eine wirksame und geschickte Polemik gegen die Rechtsparteien, die alles, was ihnen nicht paßt, als tolle Sozialisierung bezeichnen und grenzenlos für die freie Wirtschaft schwärmen, aber unausgeleert nach Staatshilfe schreien.

Donnerstag: Gewerblicher Unterricht und Staatsbank.

Denn überall stoßen die verantwortlichen Führer auf Schwierigkeiten und Hindernisse, die sie nicht überwinden können, die sich aus der Befolgung aus ungeheuren Beschlagnahmungen usw. ergeben. Hier entstehen Schädigungen, die sich auf weite Sicht und auch über die Raumung auswirken werden.

Nicht abgenommen werden kann der Bevölkerungsdruck, den die Anwesenheit Reich sich zu helfen bemüht, so viel er irgend vermag, daß die Räte des besetzten Gebiets im übrigen Deutschland Verständnis finden, wird wertvoll sein!

## Anträge zur Flaggenfrage.

Sozialdemokratische Entschlüsse im Hauptausschuss.

In der fortgeführten allgemeinen Aussprache über den Haushalt des Reichsministeriums in der Witterung des Ausschusses für den Reichshaushalt kamen nach dem Genossen Solmann noch die Abgeordneten v. Kardorff (D. Sp.), Koch (Dem.), Dr. Schreiber (Z.) und Berndt (Dnat.) zum Wort. Es sind von allen Parteien eine große Zahl von Entschlüssen und Anträgen eingegangen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat u. a. die folgenden politisch wichtigen Entschlüsse eingebracht:

Bei den Regierungen aller deutschen Länder auf den Erlass von Verordnungen hinzuwirken, die es den Vertretern aller Staats- und Kommunalbehörden zur Pflicht machen, an Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird, nur dann teilzunehmen, wenn die Reichsfarben an hervorragender Stelle angebracht werden.

Allen Vertretern von Reichsbehörden das Verhalten im vorstehenden Sinne zur Pflicht zu machen.

Die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Regierungen aller deutschen Länder einzumirken, damit die durch die Reichsoverfassung gewährleistete Versammlungs- und Redefreiheit allen politischen Parteien gesichert und insbesondere auch die mündliche Berichterstattung der Abgeordneten vor ihren Wählern nicht gehindert wird.

Die Reichsregierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit der Regierung des Freistaates Bayern die Protokolle des vom bayerischen Landtage eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923 auf Reichsfestungen drucken zu lassen und den Mitgliedern des Reichstags zuzustellen.

## Erfreuliche Sicherheits-Beschlüsse.

Werden sie aber jemals Wirklichkeit werden?

W. Schw. Genf, 7. März. (Eigenbericht.)

Mit schönen Reden von Poitils und Bensch ging heute nachmittag die Sicherheitskonferenz zu Ende. Sechs Modellverträge — Schieds-, Vermittlungs- und Garantieverträge — elf Entschlüsse, ein paar hundert Paragraphen auf 90 Schreibmaschinenseiten, das ist das äußerliche Ergebnis der Beratungen. Inhaltlich ergab sich aus den umfangreichen Dokumenten, daß

## Defensivallianzen vom Völkerbund abgesehen

werden. Man bringt freilich noch längst nicht den Mut auf, gegen sie ausdrücklich Stellung zu nehmen, aber das System der Bündnisse wird nicht mehr weigend beurteilt. Ferner wird das einseitige Vorgehen einer Macht im Bündnisfall nicht anerkannt. Grundständig soll künftig kein Staat mehr das Recht haben, allein zu entscheiden, ob ein Bündnisfall vorliegt, oder ob er an der Seite dessen, den er für den Angegriffenen erklärt, Krieg führt. Hier ist man über Locarno hinausgekommen. Ebenso ist man eins darüber, daß militärische Sanktionen von Völkerbunds wegen nicht vorbereitet werden dürfen, denn das hieße ja den Krieg und nicht den Frieden organisieren; und schließlich ist auf allen Seiten Einigkeit darüber hergestellt, daß der

Völkerbund nicht dazu da ist, den Gebietszustand der Friedensverträge bis in alle Ewigkeit zu garantieren.

Das Tor gegen eine friedliche Grenz- und Vertragsdefensive ist nicht mehr verriegelt, wenn es auch noch längst nicht aufgetan ist.

Ist das in einigen Sähen die Gesamttenenz der Sicherheitsberatungen, so ist gegenüber der Frage, ob die Modellverträge und Empfehlungen in ihrer gegenwärtigen Form jemals in Kraft treten werden,

äußerste Skepsis geboten.

Für den Juli ist die dritte Sicherheitskonferenz angesetzt. Dann wird sich die Abrüstungskonferenz, dann der Rat und schließlich die Völkerbundsversammlung mit ihr beschäftigen, aber selbst, wenn die Völkerbundsversammlung sie unter großer Begeisterung annimmt, ob sie die Regierungen in genügender Anzahl in Kraft setzen, das ist die Frage.

## Neue Wahlniederlage Baldwins.

Diesmal zugunsten der Liberalen.

London, 7. März.

Bei den Nachwahlen zum Unterhaus in Saint Joes erhielten der liberale Kandidat Frau Runciman 10.241 Stimmen, der konservative Caled 9428 und der Arbeiterparteieller Hopkins 4343 Stimmen. Frau Runciman ist somit gewählt. Das Mandat war bisher in konservativer Hand. Frau Runciman ist die Gattin des ehemaligen liberalen Ministers, der ebenfalls Unterhausmitglied ist.

Es ist dies der vierte Unterhauswahl, den die Konservativen seit dem Herbst 1924 bei Nachwahlen an die Liberalen abtreten mußten. Die Arbeiterpartei hat ihrerseits in der Zwischenzeit fünf neue Mandate erobert. Bei der Hauptwahl in Saint Joes vor 3 1/2 Jahren hatten die Konservativen 11.159 Stimmen erhalten, die Liberalen 9912. Aus dieser konservativen Mehrheit von rund 1250 Stimmen ist eine liberale Mehrheit von 750 Stimmen geworden; während die Arbeiterpartei, die damals niemand aufgestellt hatte, jetzt mehr als ein Viertel der Stimmen erhalten hat.

Die Stadt Wellington in Neuseeland, wo eine Arbeitermehrheit an der Macht ist, hat eine Resolution angenommen, wonach alle Kanonen und Kriegstrophäen von den öffentlichen Plätzen entfernt werden sollen.



# Die Wahlen in Polen.

Äußerungen führender polnischer Sozialisten.

Th. L. Warschau, 6. März.

Genosse Ignaz Daszynski, der alte Führer der Polnischen Sozialistischen Partei, äußerte sich über das Wahlergebnis wie folgt: „Am Verhältnis zu den überaus scharfen administrativen Bedrückungsmethoden, die die Regierung im Wahlkampf angewendet hat, sowie im Vergleich zu dem Aufwand von angeblich 10 Millionen Zloty (knapp 5 Millionen Mark), die die Regierung für die Wahlagitatio ausgegeben hat, ist das Wahlergebnis für die Regierung bescheiden zu nennen. Während die eigentliche Rechtspartei „Chjena“ (eine Abspaltung durch Zusammenschließung der Anfangsflügel der Rechtsparteien; das Wort selbst bedeutet — Hyäne! Red. d. „B.“) bei den Parlamentswahlen im Jahre 1922 im ganzen 163 Mandate erlangt hat, konnte die Regierung auf deren Trümmern nur 130 Mandate erlangen. Das bedeutet, daß die Regierung im Sejm von den 444 Abgeordneten noch nicht ein Drittel hat. Die „Chjena“ hat 85 Abgeordnete in den Sejm gebracht. Die nationalen Minderheiten haben etwa die gleiche Zahl erlangt. Die Kommunisten haben 8 Abgeordnete durchgebracht. Die Linke hat insgesamt 130 Mandate erlangt, und zwar: die Polnische Sozialistische Partei 63, die Bauernpartei Wyzwolenje 38, die Bauernpartei „Stronictwo Chlopskie“ 23, die Bauernpartei Stajanski 3, die radikale Bauernpartei 1 Mandat. Bei der Suche nach einer regierungsfähigen Mehrheit ist die Regierung in einer schwierigen Lage. Sie muß zu diesem Zweck die Deutschen und die Juden für sich gewinnen, was ihr keinesfalls völlig gelingen wird. Ueberdies wird die Regierung ihren Todfeind, die „Chjena“, um Hilfe angehen müssen, um eine einfache Mehrheit im Sejm zu erlangen. Wenn es sich aber darum handelt, die bisher unklaren und, wie angenommen wird, antidemokratischen Projekte der Regierung hinsichtlich der Verfassungsänderung durchzuführen, wozu drei Fünftel sämtlicher Stimmen, also 267, erforderlich sind, so wird die Regierung diese Zahl selbst mit Unterstützung der Deutschen, Juden und der „Chjena“ nicht aufbringen können. Wollte die Regierung jedoch demokratisch regieren, also nicht im Widerspruch zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht, Sejm und Senat nicht gleichstellen und dem Parlament das Recht auf politische Ueberwachung der Regierung nicht nehmen, so wäre eine Vereinigung der Stimmen der Linken mit denen der Regierung nicht unmöglich. In diesem Fall wäre das Zustandekommen einer gewaltigen qualifizierten Mehrheit gesichert. Allerdings kann heute Konkretes über die Absichten der Regierung nicht gesagt werden.

Was das Ergebnis der Wahlen für die Polnische Sozialistische Partei betrifft, so hat sie in Warschau, Lemberg und im Kohlenrevier von Dombrowa Verluste erlitten, doch ist ein Rückgang der sozialistischen Stimmen eigentlich nur in Warschau festzustellen. Dagegen haben wir in Pommern 3 Mandate und im Posenischen erhebliche Stimmengewinne zu verzeichnen, was ein wichtiger Schritt vorwärts ist. Im ganzen hat die Partei viele zehntausend Stimmen gewonnen. Auf dem Lande hat die Partei einen besonders großen Erfolg aufzuweisen, wo sie 15 neue Mandate erlangt hat; sie ist damit zu einer der stärksten Bauernparteien geworden.

Der gewaltige Wahlerfolg in Lodz, Stadt und Land, wo die Polnische Sozialistische Partei gemeinsam mit den deutschen Sozialisten 4 Mandate errungen hat, gleicht die Einbuße eines Mandats in Oberschlesien völlig aus.

## Zust 1: Millionen polnische sozialistische Stimmen

Der Sozialismus in Polen ist im Anwachsen. Während 1919 die PWS nur wenig über 400 000 Stimmen aufbringen konnte, stieg ihre Wählerzahl 1922 auf 600 000 und hat jetzt 1 400 000 überschritten. Dieser letzte Erfolg ist um so größer zu bewerten, als die gegenwärtigen Wahlen mit den früheren nicht zu vergleichen sind. Allen in 60 Fällen sind die Vertrauensleute der Sozialisten kurz vor den Wahlen grundlos verhaftet worden. Den Sozialisten standen Polizei, Beamtenherrschaft und Terrormittel natürlich nicht zur Verfügung. Daher ist jedes sozialistische Mandat — wie Genosse Njedyzjalkowski im „Robotnik“ ausführt — ungleich höher zu bewerten als die Mandate des Regierungsbundes.

Die polnischen Sozialisten werden gemeinsam mit den deutschen Genossen, so führt Njedyzjalkowski ferner aus, auf ihrem Standpunkt der Verteidigung des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems verharren und weiterhin gegenüber der bisherigen Regierungsweise bedingungslos Opposition sein; die Wahlen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der weit größere Teil der Bevölkerung Polens sich einer bürokratischen Diktatur nicht unterwerfen will.

### Das politische Kräfteverhältnis in Polen

nimmt folgende Entwicklung: auf der einen Seite wächst der „Kurs nach rechts“, den politisch der Regierungsbund, wirtschaftlich und sozial die kapitalistischen Verbündeten dieses Bundes bestimmen. Auf der anderen Seite gruppiert sich das demokratische Lager um die Sozialistische Partei.

Die Erklärung Njedyzjalkowskis über das künftige Verhältnis der Sozialisten zu der Regierung widerlegt die Vermutungen über eine bevorstehende Koalition Regierungsbund-Sozialisten im neuen Sejm, es sei denn, daß Pilsudski seine Regierungsweise gründlich ändern und von diesen Methoden ebenso wie von seinen reaktionären Verbündeten abrücken wird. Aber auch ein Zusammengehen der Rechten dürfte für Pilsudski und seinen Bund, schon rein ziffernmäßig, da sie zu schwach ist, kaum in Frage kommen. Pilsudski wird sich daher für eines von beiden entscheiden müssen: Rückkehr zum parlamentarisch-demokratischen System und Aufgabe der reaktionären Wirtschafts- und Sozialpolitik — oder Beibehaltung der diktatorischen Regierungsweise und Ausschaltung des Parlaments. Im ersten Fall würde die Grundlage für das Zustandekommen einer regierungsfähigen Einkammerei geschaffen sein, im zweiten Fall der Weg zu der offenen Diktatur.

Was die Verfassungsänderungen betrifft, die das neue Parlament mit bloßer Dreifünftelmehrheit vornehmen soll, so müßte Pilsudski hierbei von Fall zu Fall deren demokratischen Teil mit Hilfe der Linken, und deren reaktionären Teil mit Hilfe der Rechten durchzuführen suchen, um auf jeden Fall eine Stärkung der Ausführungsgewalt für sich zu erlangen.

Das demokratische Lager, mit den Sozialisten an der Spitze, sieht sich angesichts einer solchen Entwicklung vor neue Aufgaben gestellt, zu deren Ueberwindung ihnen das Bewußtsein des erlangten Sieges auch neue Kräfte verleiht. Genosse Njedyzjalkowski überschreibt den gütlichen Artikel: „Wir, die wir kommen!“

# Trost für die Kleinrentner.



Finanzminister Köhler: „Das Reich hat leider nur 25 Millionen für Sie. Ohne die Rhoebus-Verluste würde es das Doppelte sein!“

# Luftfahrtfragen im Reichstag.

Die Volkspartei verspottet den deutschnationalen Verkehrsminister.

Im Reichstag wurde gestern zunächst die Wirtschaftsbekanntmachung erörtert. Es sprachen die Abgeordneten (Wirtsch. Bg.), Kolbl (Bayr. Bp.), Schröder-Wiedenburg (Wölk.), Wpers (Wirtsch. Bg.), Mollath (Wirtsch. Bg.), und Benthien (D. Bp.). Dann folgten die Abstimmungen.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Ministergehalts wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Angenommen wird die Entschließung Frau Dr. Lüders (Dem.) auf Förderung der Hauswirtschaft, ebenso die Entschließung, die sich gegen die Erhöhung der Eisenpreise richtet.

Angenommen werden auch die Ausschußentwürfe, wonach Reichsmittel für Ausstellungen und Messen nur unter einheitlicher Leitung des Reichskommissars für das Ausstellungs- und Messwesen verwendet, den Richtern beim Reichswirtschafts- und Kartellgericht die richterliche Unabhängigkeit gewährt und schließlich die Berufsbezeichnungen Kaufmann und Architekt geregelt und geschützt werden sollen.

Im übrigen wird der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums bewilligt.

Das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland wird ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Angenommen werden weiter Entwürfe des Reichswirtschaftlichen Ausschusses auf Erhöhung der Vergütung von Handwerkern und Gewerbetreibenden bei Vergabe öffentlicher Aufträge und Befehlen und auf allgemeine Anwendung der Reichsordnungsgesetze auch von den Ländern und Gemeinden.

Es folgt nun die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

### Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch

behandelt zunächst die Reichswasserstraßenverwaltung und geht dann zum Luftstat über: In technischer Beziehung haben wir auf dem Gebiet des Flugzeug- und Motorenbaues Fortschritte gemacht. Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten sind die Flughafensstellen in einer mir unmittelbar unterstehenden „Zentralstelle für Flugversicherung“ zusammengefaßt worden. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Zentrale für Flugversicherung auch der Kristallisationspunkt für andere Gebiete des Luftverkehrs werden könnte, auf denen wegen der mannigfachen und ungestörten Zustände eine bessere Ordnung der Dinge geboten erscheinen möchte. Die zunehmende Größe der Flugzeuge und Stärke der Motoren haben uns der Lösung der Wirtschaftlichkeitsfrage im Luftverkehr leider noch nicht näher gebracht. Es ist deshalb vorauszusetzen, daß bei gleichbleibenden Mitteln eine gewisse Einkürzung des Luftverkehrs unermesslich ist. Unbeschadet aller Notwendigkeit, unbeschadet auf eine Verbesserung der organisatorischen und kaufmännischen Methoden zu denken, muß doch betont werden, daß es sich hier in erster Linie um ein technisches Problem handelt.

Datum sieht der Etat fast in allen Positionen nicht nur keine Erhöhungen, sondern sogar Herabsetzungen vor, um möglichst unplanmäßige Mittel für die Beflegung des Flugzeug- und Motorenbaues und für die nachhaltige Ausgestaltung des Verkehrswezens zur Verfügung zu haben.

Der innerdeutsche Kurzstreckenverkehr, welcher finanziell hauptsächlich von Ländern und Gemeinden getragen wird, wird sich meiner Ansicht nach im Laufe der nächsten Jahre in ein System geordneter außerplanmäßiger Aliegens umwandeln müssen. In statistischer Beziehung ist gegenüber den Vorjahren eine Besserung der größeren Haushaltsposten in Einzelpositionen eingetreten. Dadurch wird die Uebersicht über die Verwendung der Mittel erleichtert.

Schließlich berichtete der Minister über das Eisenbahnwesen. Er teilte u. a. mit:

### Mit der Frage der Tarifierhöhung

hat sich das Reichskabinett vor einigen Tagen beschäftigt und hierbei seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß eine Erhöhung der Eisenbahntarife mit Rücksicht auf ihre tiefgreifende Auswirkung auf die gesamte Wirtschaft, die letzten Endes auch die Reichsbahngesellschaft selbst treffen würde, nur im äußersten Notfall in Frage kommen könne. Da die vorliegenden Unterlagen über die gegenwärtige Finanzlage der Reichsbahngesellschaft das Vorhandensein einer beträchtlichen Kasse nicht erkennen lassen, hat das Reichskabinett dem Gedanken einer Tarifierhöhung nicht abhertreten können. In den weiteren Ausführungen des Ministers war von Interesse, daß im Güterverkehr eine Beseitigung, insbesondere dank der inzwischen im wesentlichen vollendeten Einführung der Runge-Knorr-Bremse erreicht worden ist. Eine neuartige Einrichtung bilden die sogenannten Expresszüge, die auf weite Entfernungen mit einer Geschwindigkeit bis zu 90 Kilometern verkehren.

### Abg. Schumann (Eoz.)

weist darauf hin, daß auch vor dem Kriege neben dem Ausbau der Eisenbahnen die Wasserstraßen ausgebaut worden seien. Leider

sei das letztere nicht in dem erforderlichen Ausmaße geschehen, infolge vielfach kleinlicher Politik der Länder. Nach Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich habe sich da manches gebessert. Den Ausbau des Eisenbahnnetzes betrachten auch die Sozialdemokraten als eine dringende wirtschaftliche Notwendigkeit. Noch liegen zahlreiche Orte mit bis tausend Einwohnern viele Kilometer vom Hauptbahnhof entfernt. Bedauerlich sei, daß das vorgeschlagene Programm auf dem Verkehrsgebiete nicht mit der Bezeichnung dieses Etats verbunden werden konnte. Fest stehe, daß die finanzielle Entwidung der Eisenbahn 1927 nicht ungünstig ist. Die Steigerung der Vermögenswerte der Reichsbahn von 1920 bis 1927 betrage 31 Proz. Die Reichsbahn sei sehr wohl in der Lage, die notwendigen Neubauten aus eigenen Mitteln mit durchführen zu lassen. Immer werde aber nach Raubbau mit der Arbeitskraft der Reichsbahn-Cohampänger getrieben. Die Forderung um Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. sei abgelehnt worden mit der Begründung, auf dieser Grundlage könnten die Verhandlungen überhaupt nicht aufgenommen werden. Die neue Befoldungsordnung der Reichsbahn, die ohne Hinzuziehung der Wirtschaftsorganisationen eingeführt worden sei, sei unzureichend. Köhler fragt, inwiefern der Ausschluß des Haushaltsausschusses über den Arbeiterpensionsfonds B. stattgegeben sei. Er bittet den Minister, das, was bisher anstehend nicht möglich gewesen sei, durch neue Verhandlungen durchzuführen. Die speziell den Osten betreffenden Tariffragen müssen unter viel größerer Berücksichtigung der Verhältnisse des Ostens geregelt werden. Die natürlichen Wasserstraßen müßten nach Möglichkeit reguliert und ausgebaut werden. Köhler bedauert das verlangsame Tempo beim Bau des Mittelrandkanals. Die Frage der Organisation des Wasserstraßenschiffes müsse geregelt werden.

Verkehrsbetriebe müßten unbedingt dem öffentlichen Interesse dienlich gemacht werden, private Profitinteressen dürften nicht mitsprechen.

Das gelte auch von den Straßenbahnen. Glücklicherweise marschiere heute auf diesem Gebiet der Gemeinwirtschaftsgedanke. Der Kraftfahrzeugverkehr habe sich im letzten Jahre günstig entwickelt, wenn auch nicht in dem amerikanischen Tempo. Seine weitere Entwicklung liege im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Der Verkehrsminister müsse aber für Ordnung auf diesem Gebiete sorgen. Die Entwicklung des Luftverkehrs fördere die Sozialdemokratische Partei nach wie vor. Die Entwicklung dürfe sich aber nicht in der bisherigen Form weiter vollziehen, die zu Korruptionsercheinungen geführt habe. Je entwickelter die deutsche Seeschifffahrt sei, desto größer sei die Möglichkeit für die deutsche Wirtschaft, auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen. Vorbedingung sei die Heranbildung einer tüchtigen Seeemannschaft. Auf Schiffen müßten auch die Söhne minderbemittelter Eltern durch Schaffung von Freistellen bzw. Herabsetzung der Verpflegungs- und Ausbildungskosten an der Ausbildung teilnehmen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Köhne (Dn.): Im Kraftfahrzeugen sollte die deutsche Automobilindustrie kräftiger gefördert werden als bisher. Ausländische Kraftwagen sollten möglichst von Deutschland ferngehalten werden.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Bp.) erklärt es für dringend wünschenswert, daß die Reichsbahn möglichst bald wieder unter die Verwaltung des Reiches komme. Es sei wohl ein Irrtum des Ministers gewesen, wenn er für die Expresszüge die enorme Durchschnittsgeschwindigkeit von 90 Kilometer angab. Jeder kann man mit einem Amt nicht zugleich das erforderliche Wissen übertragen.

So ist leider festzustellen, daß das Reichsverkehrsministerium heute nicht mehr die hohe Schätzung in der Öffentlichkeit genießt als zu der Zeit, als Dr. Köhne das Amt seinem Nachfolger übergab. (Hört! hört!)

Der Köhner bedauert die Vertragslösung mit der Elbe-Gesellschaft und wendet sich gegen eine Ausdehnung des Nitrova-Betriebes auf Bahnhöfsmischungen und Flughäfen. Im Luftverkehrswesen habe der Minister wohl gesehen, daß trotz deutschnationaler Unterstützung die Befreiungspolitik nicht so rasch gefördert werden könne, wie es manchmal in der Wahlagitatio behauptet wurde. (Hört! hört!) Die Volkspartei beantrage die Bewilligung von 2 Millionen für die Vollenbung des Zeppelin-Luftschiffes.

Um 18½ Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 13 Uhr, vertagt.

Die Abänderung des württembergischen Landtagswahlgesetzes, die kürzlich beschlossen war und die die Voraussetzungen verschärfte, nach denen die im Lande abgegebenen Stimmen den von kleinen Parteien eingereichten Wahlvorschlügen angerechnet werden können, ist jetzt von dem zuständigen Landtagsausschuß durch einstimmigen Beschluß aller Parteien wieder rückgängig gemacht worden. Die Parteien erklärten, daß sie nicht die Absicht gehabt hätten, den kleinen Gruppen den Eintritt in das Parlament zu erschweren und sie deshalb vor den Wahlen von jeder Veränderung des Wahlgesetzes grundsätzlich Abstand nehmen.







## Die neue Universitäts-Augenklinik



An der Stelle, wo sich die Gärtnerei des Schlosses Ronbijou befand, soll sich längs der Ronbijoustraße die neue Universitäts-Augenklinik erheben. Anschließend an das Wohngebäude der früheren Hofbeamten wird der vier Stock hohe Bau, dessen Architektur in modernen, schlichten Formen gehalten ist, nicht unmittelbar bis zum Spreewasser vorstoßen, sondern einen Eingang in den Schlosspark freilassen, so daß endlich auch von dieser Seite die Möglichkeit einer Promenade längs des Wassers geschaffen wird. Von den alten Bäumen im Park, die übrigens durch Bretterverschlüsse gegen Beschädigungen während des Baues geschützt sind, soll kein einziger verschwinden. Der unsichere Zustand des Baugrundes machte zahlreiche Bohrungen notwendig, wobei sich herausstellte, daß gerade hier ein „Kolk“ gründliche Vor-

arbeiten erfordert. Die schwierigste Stelle soll überbrückt werden. Von der alten Parkmauer fanden sich Säulenteile und Kapitelle, die den noch öden Bauplatz zieren. Mit der Verlegung der Augenklinik in den Neubau, der gleichzeitig mit den modernsten technischen Errungenschaften ausgestattet wird, rechnet man im Frühjahr des kommenden Jahres. Sie soll den ersten Schritt bedeuten im großen Bauprogramm zur Erneuerung der Universitätsklinik. Obzwar erst in den achtziger Jahren erbaut, sind sie heute durchaus veraltet und entsprechen keineswegs den gesteigerten Anforderungen. Man darf auch nicht verkennen, daß gerade die Lage im Zentrum Berlins für die Bevölkerung der Innenbezirke, wo es fast so gut wie gar keine Krankenhäuser gibt, von nicht zu unterschätzendem Vorteil ist, und kann es verstehen, daß die Professoren gegen die geplante Verlegung der Universitätsklinik nach Dahlem Stellung genommen haben, denn dort wäre die Behandlung der täglichen Verkehrsunfälle nur mit Verzögerung verbunden und die Einrichtungen der Kliniken würden hauptsächlich einem sozial bessergestellten Kreis zugute kommen.

## Monsterprozeß der Einspinnbetrüger.

88 Angeklagte und 68 Betrugsfälle.

Der in der Moabit Kriminalgeschichte einzig dastehende Massenprozeß mit 88 Angeklagten beschäftigt gegenwärtig die Beschlusskammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Rombe. Die Strafkammer hat über den Antrag der Anklagebehörde auf Eröffnung des Hauptverfahrens zu entscheiden. Bei dem Umfang der Anklage, die in einem starken Druckbande erschienen ist, wird die Strafkammer mindestens eine Woche ihre Beratungen ausdehnen müssen. Die Zahl der Betrugsfälle, an denen die 88 Angeklagten immer nur teilweise mitbeteiligt sind, beträgt 68. Die Einzelfälle greifen aber alle in-

einander hinein. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Buddeberg war zur Ausarbeitung der Anklageschrift allein schon drei Monate beurlaubt gewesen. Bei dieser Anklage handelt es sich um die riesenhaften Betrügereien eines zum Teil aus Ausländern bestehenden Schwindlertorjums, dessen Aufdeckung vor etwas über Jahresfrist großes Aufsehen erregt hat. Die Betrugssummen, um die zahlreiche Leute, vielfach mit ihrem gesamten Vermögen, geschädigt worden sind, beläuft sich auf etwa 1 1/2 Millionen Mark. Dabei haben aber noch viele Geschädigte, weil sie sich schämten, auf den plumpen Schwindel hineingefallen zu sein, keine Anzeige erstattet. Die Zahl der Angeklagten würde noch größer sein, wenn nicht eine Reihe von Personen, die an den Betrugsgeschäften beteiligt waren, vorwiegend Ausländer, rechtzeitig geflüchtet wären. Die sogenannten „Einspinn- oder Einwub-

geschäfte“, die ihre Bezeichnung vom Einspinnen und Einweben der Opfer haben, wurden mit größtem Raffinement durchgeführt. Der Riesenprozeß wird vor dem Großen Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lötke stattfinden und viele Monate dauern. Rätselhaft ist es noch, wie es möglich sein wird, diesen einzig dastehenden Prozeß mit 88 Angeklagten, dem großen Stab von Verteidigern, Sachverständigen und Zeugen in einem Saale der Moabit Kriminalgerichte zur Durchführung zu bringen.

## Berlin, die Messestadt.

Ein Warenhaus soll am Reichstanzlerplatz entstehen.

Die Firma Hermann Tiez hat vor einiger Zeit in der Nähe des Reichstanzlerplatzes ein Gelände erworben, um dort eventuell ein Warenhaus zu errichten. Ueber dieses Projekt, das aller Wahrscheinlichkeit nach erst im nächsten Jahre eine Verwirklichung erfahren kann, sind in den letzten Tagen Einzelheiten bekannt geworden. Die Firma Hermann Tiez hat das Grundstück von der Photographischen Gesellschaft übernommen. Dieses Gelände hat eine Front nach dem Kaiserdamm und führt bis zur Bredtschneiderstraße. Der gesamte Komplex hat mehr als 7000 Quadratmeter und grenzt unmittelbar an das Messengelände an, auf dem 1930 die große Bauausstellung ihren Platz finden wird. Die Firma Tiez legt vor allem Wert auf die Feststellung, daß noch nicht abzusehen ist, wann der Bau ausgeführt werden kann. Das Gelände ist baureif.

Für die architektonische Gestaltung des neuen Warenhauses ist der Architekt Johann Emil Schaub gewonnen worden. Wahrscheinlich wird der Bau so rechtzeitig begonnen, daß gleichzeitig mit der Eröffnung der Bauausstellung das neue Warenhaus seine Pforten öffnet.

## Bewohnter Neubau vor dem Einsturz?

Die Mieter in größter Sorge.

In der Soldiner Ecke Drontheimer Straße hat die Siedlungsgesellschaft „Eintracht“ ein Wohnhaus errichten lassen, das seit anderthalb Jahren bewohnt ist. Den Bau führte damals die Firma Heilmann u. Litzke aus.

In den letzten Wochen wurden die Mieter eines Teils dieses Neubaus auf Risse aufmerksam, die sich ständig vergrößerten. Die Mieter wurden unruhig und benachrichtigten die Gesellschaft, die zur Untersuchung einen Sachverständigen entsandte. Nachdem das Haus bis hinauf zum vierten Stock gerissen war, wurde wieder ein Sachverständiger geschickt, der dann auch dafür Sorge trug, daß die Schäden ausgebessert wurden. So mußte in dem Hausfuß des Eckhauses eine Mauer verstärkt werden, um einen Riß zu beseitigen. Die Hausbewohner klagen jetzt darüber, daß die Decken in den Bohreräumen sich senken und die Tragebalken aus dem Deckenverputz hervortreten. Türen und Fenster mußten schon mehrmals abgehoben werden, weil durch die Senkung des Fundaments die Türrahmen schief wurden. Es scheint, als ob bei den Bauarbeiten nicht tief genug Bohrproben gemacht worden sind und daß sich jetzt ein Moorloch bemerkbar macht. An den Außenfronten sind in den letzten Tagen die Risse mit einem Zementverband versehen worden.

Es muß verlangt werden, daß die zuständigen Baubehörden diesem Haus ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden, damit die Mieter bei weiteren Senkungen nicht in Gefahr kommen.

**Freie Schulgemeinde Köpenick.** Die im Oktober vorigen Jahres gegründete weltliche Schule veranstaltet am Sonntag, 10. März, 9 1/2 Uhr, im großen Saal des Stadttheaters Köpenick, Friedrichstraße 6, zum ersten Male einen Elternabend. Freunde und Gönner der weltlichen Schule sind herzlich eingeladen. Eintritt für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 20 Pf. Saalöffnung um 19 Uhr.

## Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

„Ist es notwendig, daß Menschen, die verstehen, auch verzeihen? Ich habe dieses Sprichwort immer angezweifelt.“  
 Mr. Barnstaple wünschte nicht, die Unterhaltung ins allgemeine hinübergleiten zu lassen, deshalb paddelte er und sagte nichts.  
 „Sie wissen, Miß Grey pflegte in einer Revue die „Phryne“ zu spielen?“  
 „Ich glaube mich an so etwas Aehnliches zu erinnern. Man hat in den Zeitungen davon Aufhebens gemacht.“  
 „Das brachte sie vielleicht darauf.“  
 Drei lange Stöße mit dem Paddel.  
 „Aber heute früh kam sie zu mir und sagte mir, sie wolle vollständig utopisch gekleidet gehen.“  
 „Wie ist das gemeint?“  
 „Ein bißchen Rouge und Gesichtspuder. Es steht ihr nicht im geringsten, Mr. Barnstaple. Es ist ein faux-pas. Es ist unanständig. Aber sie läuft durch die Gärten — Sie könnte jemandem begegnen. Es ist ein Stück, daß Mr. Cecil noch nicht auf ist! Wenn sie Pater Amerton trifft —! Aber man denkt am besten gar nicht daran. Sehen Sie, Mr. Barnstaple, diese Utopien mit ihren sonngebräunten Körpern und allem Drum und Dran passen ins Bild. Sie verwirren mich nicht, aber Miß Grey — Eine irdische, zivilisierte Frau, ihrer Kleidung beraubt, sieht ausgezogen aus. Ausgeschält! Eine Art gebleichtes Weiß. Jene hübsche Frau, die uns scheinbar zugeteilt ist, Lachnis, mutete mir nicht einen Augenblick etwas Derartiges zu, als sie mir riet, was ich anziehen sollte. Aber ich kenne natürlich Miß Grey zu wenig, um mit ihr zu sprechen und überdies weiß man nie, wie eine Frau dieser Sorte etwas aufnimmt.“  
 Mr. Barnstaple blickte starr nach dem Ufer. Von einer ganz unverhüllten Miß Greeta Grey war nichts zu entdecken. Dann hatte er eine Eingebung. „Lachnis wird auf sie achtgeben.“  
 „Ich hoffe, sie tut es. Vielleicht, wenn wir hier ein wenig bleiben —“  
 „Man wird schon auf sie achten.“ sagte Mr. Barnstaple, „aber ich glaube, Miß Grey und Lord Barralongas Gesellschaft im allgemeinen sind im Begriff, uns Unannehmlich-

keiten zu bereiten; ich wollte, sie wären nicht mit uns durchgekommen.“  
 „Mr. Cecil ist gleicher Meinung“, sagte Lady Stella.  
 „Wir werden natürlich alle zusammengeworfen und über einen Kamm geschoren werden.“  
 „Natürlich“, echote Lady Stella.  
 Eine kurze Weile sagte sie nichts mehr. Aber es war klar, daß sie mehr auf dem Herzen hatte. Mr. Barnstaple paddelte langsam.  
 „Mr. Barnstaple“, begann sie wieder.  
 Mr. Barnstaples Paddel kam zum Stillstand.  
 „Mr. Barnstaple — haben Sie Angst?“  
 Mr. Barnstaple prüfte sich. „Ich bin von dem Wunder zu sehr erfüllt worden, um Angst zu haben.“  
 Lady Stella entschloß sich, zu gestehen. „Ich habe Angst!“ sagte sie. „Zuerst hatte ich keine. Alles schien so leicht und einfach zu gehen, aber in der Nacht wachte ich auf — mit fürchterlicher Angst.“  
 „Nein“, überlegte Mr. Barnstaple. Nein. So hat es mich nicht gepackt, bis jetzt... vielleicht kommt es noch.“  
 Lady Stella neigte sich vornüber und sprach vertraulich, indem sie den Eindruck ihrer Worte auf Mr. Barnstaples Gesicht beobachtete.  
 „Diese Utopen — ich dachte zuerst, sie wären nur einfache, gesunde, menschliche Wesen, künstlerisch begabt und unschuldig. Aber sie sind es nicht, Mr. Barnstaple. Es ist etwas hartes und Kompliziertes in ihnen, etwas, das über uns hinausgeht und das wir nicht verstehen. Und sie kümmern sich nicht um uns. Sie sehen uns mit herzlosen Augen an. Lachnis ist gutig, aber kaum einer der anderen ist auch nur im allergeringsten gütig. Und ich glaube, wir sind ihnen unwillkommen.“  
 Mr. Barnstaple überdachte es. „Vielleicht ist es so. Ich war durch die Bewunderung so voringenommen. — so vieles hier ist über alles Träumen hinaus schön — daß ich nicht sehr viel darüber nachgedacht habe, was für einen Eindruck wir auf sie machen. Aber — ja — offenbar sind sie mit anderen Dingen beschäftigt und schenken uns nicht sehr viel Aufmerksamkeit. Mit Ausnahme derjenigen, die sich dazu bestimmt sind, uns zu überwachen und zu studieren. Lord Barralongas unvernünftige Fahrt durch das Land muß ihnen sicherlich unwillkommen gewesen sein.“  
 „Er tötete einen Mann.“  
 „Ich weiß.“  
 Sie verhielten einige Augenblicke in gedankenvoller Stille.

„Und noch etwas anderes“, fing Lady Stella wieder an. „Ihr Denken bewegt sich in Bahnen, die von unserer Denkweise ganz verschieden sind. Ich glaube, sie verachten uns schon. Ich habe manches bemerkt... Gestern Abend waren Sie nicht mit uns am See, als Mr. Cecil sie über ihre Philosophie befragte. Er erzählte ihnen allerlei von Hegel, Bergson, Lord Haldane und von seinem eigenen wundervollen Skeptizismus. Er ging aus sich heraus — in ganz ungewöhnlicher Weise. Es war sehr interessant — für mich. Aber ich beobachtete Urthred und Lion und mitten drin sah ich — ich bin davon überzeugt — wie sie in jener stillen Weise, die ihnen eigen ist, mit einander sprachen, über etwas ganz anderes. Sie äuschten nur Aufmerksamkeit vor. Und als Freddy Rush verfuhr, sie für Neu-Georgische Dichtung zu interessieren und für den Einfluß des Krieges auf die Literatur, und als er die Hoffnung aussprach, daß sie etwas nur halb so schönes wie die Mas in Utopien hätten, obwohl er beteuerte, er könne das nicht glauben, gaben sie nicht einmal vor, zuzuhören. Sie antworteten ihm überhaupt nicht... Unsere Ansichten sind ihnen ganz unwichtig.“  
 „In dieser Hinsicht, sie sind uns dreitausend Jahre voraus! Aber als Schüler könnten wir ihr Interesse erregen.“  
 „Wäre es interessant, einen Hottentotten in London herumzuführen und ihm alles zu erklären? — nachdem man den ersten Spaß, den es bereite, seine Unwissenheit aufzudecken, hinter sich hätte? Vielleicht; aber ich glaube nicht, daß sie uns hier sehr nötig gebrauchen, und ich glaube nicht, daß sie uns sehr lieb gewinnen werden, und ich weiß nicht, was sie uns antun werden, wenn wir ihnen jenseit Unannehmlichkeiten verursachen. Und so habe ich Angst.“  
 Sie ging auf eine neue Sache über. „In der Nacht wurde ich an die Affen meiner Schwester Mrs. Kellings erinnert.“  
 „Es ist eine Manie von ihr. Die armen Dinger rennen durch den Garten, kommen ins Haus und sind fortwährend in Unruhe. Sie wissen nicht recht, was sie tun sollen und was sie nicht tun sollen. Sie sehen alle schrecklich verängstigt aus, werden geohrfeigt, zur Tür geschleppt, hinausgeworfen und dergleichen mehr. Sie verwüsten alles und machen den Besuchern viel Unbehagen. Niemals weiß man, was ein Affe zu tun beabsichtigt. Und jeder Mensch hat es, sie um sich zu haben, mit Ausnahme meiner Schwester. Aber sie schilt sie fortwährend: „Komm herunter, Jakob! Leg das hin, Sadie!““

(Fortsetzung folgt.)



# Berlins Bevölkerungsbilanz 1927.

Immer weniger Geburten, wieder mehr Sterbefälle.

Das Ergebnis der Feststellungen des Berliner Statistischen Amtes über Geburten- und Sterbefälle in Berlin wird jetzt für das Jahr 1927 in einem vorläufigen Abschluß bekanntgegeben. Das Jahr hat ein noch viel schlimmeres Geburtendefizit gebracht als das Vorjahr, so daß der Ueberschuß der Sterbefälle über die Lebendgeborenen, der im Vorjahr mit einem ganz geringen Betrag aufgetreten war, diesmal sehr beträchtlich größer geworden ist.

In 1927 wurden lebend geboren nur 42696 Kinder, gegenüber 1926 mit 45273 und 1925 mit 47071. Das sind pro 1000 der durchschnittlichen Bevölkerungszahl in 1927 nur 10,2 gegenüber 1926 mit 11,0 und 11,7; das Jahr 1907 hat also einen weiteren Geburtenrückgang ergeben. Zum Vergleich diene, daß im Gebiet des heutigen Berlin lebend geboren wurden im Jahre 1913, dem letzten vor dem Kriege, die uns heute schon märchenhaft groß scheinende Zahl von 76665 Kindern (19,3 pro 1000). Nach dem beispiellosen Geburtenrückgang der Kriegsjahre brachten dann die Jahre 1919 und 1920 eine rasche Steigerung auf 51997 und 63813 (13,7 und 16,5). Danach aber kam es unter dem Einfluß der Geldentwertungsnotie in den Jahren 1921, 1922, 1923 zu einem ebenso raschen Rückgang der Geburtenzahl auf 53901, 45686, 38924 (13,9 11,6, 9,9), und erst 1924 brachte wieder den Beginn einer neuen Zunahme auf zunächst 41546 (10,5).

Neben diesem Auf und Ab der Geburten steht eine begreiflicherweise unregelmäßige Bewegung der Sterbeziffern, die ja von mancherlei Einflüssen abhängen. Sterbefälle (ohne Totgeburten) wurden gezählt in 1927 48742 (11,7 pro 1000 der durchschnittlichen Bevölkerungszahl). Gegenüber 1926 mit 45412 (11,1) ist hier eine nicht unbeträchtliche Zunahme zu verzeichnen. In den vorhergehenden Jahren war im ganzen doch eine Verringerung der Sterbefälle zu bemerken gewesen. Nach der reichen Ernte, die in der Kriegszeit der Tod sich auch aus der durch Hunger entkräfteten Heimathbevölkerung geholt hatte, brachten die Jahre 1919 und 1920 noch 55000 und 55722 Sterbefälle (14,5 und 14,2), und dann die Jahre 1921, 1922, 1923, 1924, 1925 47012, 52984, 49832, 47179, 45651 (12,1, 13,3, 12,7 12,0, 11,3). In 1926 wurden wie oben angegeben mit 45412 (11,1) Sterbefällen ein Tiefstand erreicht. Das wieder erhöhte Ergebnis von 1927 mit 48742 (11,7) ist, was Beachtung verdient, doch noch geringer als das von 1913 mit damals 49930 (12,6) Sterbefällen.

Treulich betrug in 1913 bei der damaligen Höhe der Geburtenzahl der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen noch 26735 (6,7 pro 1000 der durchschnittlichen Bevölkerung). Das Jahr 1927 dagegen ergab einen Gestorbenenüberschuß von 6046 (1,5 pro 1000 der durchschnittlichen Bevölkerungszahl). In 1926 hatte der Gestorbenenüberschuß sich erst auf den nicht nennenswerten Betrag 139 gestellt. Bedeutende Gestorbenenüberschüsse waren aber, wie eine Berechnung aus den oben mitgeteilten Zahlen ergibt, in 1922, 1923, 1924 zu verzeichnen gewesen, 7298, 10908 (1), 5633 (1,3, 2,8, 1,5). Den „Rekord“ erlebte das Jahr 1923, in dem die Geburtenzahl ihren Tiefpunkt erreichte und gleichzeitig die Gestorbenenanzahl hoch war.

Daß Berlins Bevölkerungszahl trotz solcher Defizits andauernd noch zunimmt, erklärt sich aus der unaufhörlichen Zuwanderung. Das Jahr 1927 schloß mit nicht weniger als 319713 Zuwandernden ab, denen nur 238581 Abwandernde gegenüberstanden. Der „Wanderungsgewinn“ ist mit 81132 beträchtlich höher als der von 1926 mit 48503, aber geringer als der von 1925 mit 104905. Für den Kampf gegen die Wohnungsnot bedeuten diese Zuwachszahlen allerdings keine Erleichterung.

# Eine Klage des Ehepaares Subtoff.

Alexander keine Persönlichkeit der Zeitgeschichte.

Die 21. Zivilkammer des Landgerichts I hat in der Klage des Ehepaares Subtoff gegen den Verleger und den Verfasser des Buches „Der Herzensroman der Prinzessin Viktoria von Schaumburg-Dröppel und Alexander Subtoff. Eine Liebeslegende aus zwei Zeiten“, den Klagenantrag auf Unterlassung der Verbreitung des Buches abgewiesen. Auch die Klage der Frau Subtoff auf Entfernung ihres Bildes ist abgewiesen worden, dagegen sind die Beklagten verurteilt worden, das Bild des Klägers Subtoff und das Bild auf dem Umschlage, das das Ehepaar darstellt, zu entfernen. Das Gericht ging bei dieser Entscheidung davon aus, daß es grundsätzlich nicht unzulässig sei, das Schicksal lebender Personen in Büchern zu schildern. Das klagende Ehepaar verdiente um so weniger Schutz, als es selbst verschiedentlich der Presse Information über ihr Leben erteilt hätte. Das Buch setze ihre Persönlichkeiten in keiner Weise herab. Die Klage der Ehefrau auf Entfernung ihres Bildes wurde aus der Erwägung abgewiesen, daß sie infolge der Pläne ihrer Verheiratung mit dem Prinzen Alexander von Battenberg und deren politischer Auswirkung eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte geworden sei. Bei Subtoff jedoch hat das Gericht verneint, daß er eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte sei.

# Haftentlassung Kunerts vorläufig abgelehnt.

Das Amtsgericht Mitte hat am Mittwoch in dem vom Ermittlungsrichter angelegten Verklündungstermin den Haftbefehl gegen den Bankier Clemens Max Kunert aufrechterhalten, da Verdacht und Verdunklungseigenschaft weiterbesteht. Nach Annahme der Staatsanwaltschaft handelt es sich bei dem Strafverfahren gegen Kunert wegen fortgesetzten Betruges zum Schaden des Reiches, zumal da Rückfallbetrug vorliegt, um sehr schwere Vergehen, so daß mit mehrjähriger Gefängnisstrafe zu rechnen ist. Es sollen zunächst noch die von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungen abgemeldet werden. Solange diese im Gange sind, besteht eine Verdunklungseigenschaft. Nach Erledigung dieser Ermittlungen — etwa in ein bis zwei Wochen — ist das Gericht jedoch in Vereinbarung mit dem Staatsanwalt bereit, Kunert gegen eine Sicherheitsleistung von einer Viertelmillion Mark aus der Untersuchungshaft zu entlassen.

# Der Film wird für das Tier.

Zu einer Veranstaltung, aus der dem Gedanken des praktischen Tiereschutzes großer Nutzen erwachsen ist, gestaltete sich ein Portraaabend, zu dem der Reutlinger Tierfuchverein und die „Pferdeschutzvereinigung über ganz Deutschland“ eingeladen hatten. Der große Saal des Reutlinger Städtischen Spielhauses in der Bergstraße war überfüllt, so daß ein Teil der Besucher nicht mehr eingelassen werden konnte. In einer Ansprache wies der Vorsitzende des Reutlinger Tierfuchvereins, Herr Fallacher, auf das unzulängliche Strafgesetz hin, dessen Bestimmungen über den Tiereschutz bei der Strafschulung wesentlich verbessert werden müssen. Die Bemerkung über den Umgang mit den Modehunden, die nur für die Eitelkeit ihrer „prämiierten“ Besitzer, aber nicht für eine echte Liebe zum Tier zeugen, fand den demonstrativen Beifall der Zuhörer.

# Bluttat im Wirtshause.

Zwei Personen in Prenzlau in Notwehr erschossen.

Prenzlau, 7. März. (Eigenbericht.)

In einer Gastwirtschaft in Prenzlau wurde ein Dentist von zwei betrunkenen Männern überfallen und mißhandelt. Er schoß gegen die Angreifer. Der eine war sofort tot, der andere mußte mit schweren Schußverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Zu diesem Vorfall erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der Dentist Müller aus Prenzlau besuchte seine Großmutter, die eine Gastwirtschaft unterhält. Gegen 11 Uhr nachts betrat er zwei Männer das Lokal und begannen sofort mit den wenigen Gästen, die sich noch im Lokal befanden, zu streiten. Die beiden Leute hatten reichlich getrunken und neckten die Gäste, die, um Streit zu vermeiden, teilweise das Lokal verließen. Die beiden Männer namens Gielow und Ziebell begannen nunmehr mit dem Dentisten Müller einen Streit. Müller hatte sich an den Schanktisch gestellt, um dort seiner Großmutter beistehen zu können. Er verbot sich die Anrempelungen,

worauf er von Gielow zwei Ohrfeigen erhielt, während Ziebell ihm mit der Faust ins Gesicht schlug.

Müller suchte Schutz hinter dem Schanktisch, wurde jedoch auch dort verfolgt und erneut geschlagen. Gielow soll, wie es heißt, den Dentisten mit einem Bierseidel bearbeitet haben. Alle Versuche der übrigen Gäste, die beiden zu beruhigen, scheiterten. Ziebell nahm einen gläsernen Weidenbecher und warf nach Müller. Ziebell griff einen Zinntrog und wollte damit auf Müller einschlagen. Die anderen Gäste flüchteten in diesem Augenblick aus dem Lokal, so daß Müller mit den beiden Männern allein zurückblieb. Unter dem Schanktisch in einer Schublade verohrte die Wirtin, seine Großmutter, einen Revolver. Diesen griff Müller, als die beiden wieder auf ihn eindringen, und schoß viermal gegen die auf ihn Einstürmenden. Ziebell muß sofort tot gewesen sein, er hat einen Herzschuß bekommen, Gielow wurde am Kopf, an der rechten Schulter und am rechten Unterarm verwundet. Er wurde

sofort nach dem Krankenhaus gebracht und dort von den Ärzten operiert. Die Verletzungen sind sehr schwer, doch glauben die Ärzte, ihn am Leben erhalten zu können. Müller wurde nach der Tat sofort verhaftet und nach eingehenden Verhören auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft am Mittwoch nachmittags aus der Haft entlassen, da nach Aussagen sämtlicher Zeugen Müller tatsächlich aus Notwehr gehandelt hat.

Da die beiden Angreifer Kommunisten sein sollen, vermutete man, daß es sich um ein Rachepiel zu den schweren Kommunistenschlägereien der letzten Zeit gehandelt habe. Die Untersuchung hat bisher nichts derartiges ergeben, es scheint sich um eine Wirtshauschlägerei zu handeln.

# Erlebnis in Wild-Of.

Einen bösen Dank erhielt am Dienstagabend ein Werkzeugmacher in der Koppenstraße für eine Gefälligkeit. Der Mann hatte in der Nähe des Schleifens Bahnhofs ein wenig getrunken. Auf dem Heimwege begegnete ihm zwei junge Männer, die ihn um Feuer baten. Bereitwillig holte er sein Feuerzeug heraus und reichte es dem einen. In diesem Augenblick erhielt er von dem anderen einen wuchtigen Fausthieb auf den Hinterkopf. Zum Entgelt schlug er dem ersten ebenso kräftig ins Gesicht. Der aber zog eine Pistole und setzte sie mit den Worten: „Gib dein Geld her, du Lump, oder ich schieße!“ dem Werkzeugmacher an den Kopf. Bevor dieser noch einmal zuschlagen konnte, riß sein Gegner ihm seine alte Soffiantenbristlosche aus der Rocktasche und steckte sie ein. Auf die Hüfte des Bezauberten ergriffen beide die Fuch und aufnahmen. Die Bristlosche enthielt 210 Mark und die Ausweispapiere. Die Burtschen sind etwa 20 bis 25 Jahre alt, der eine ist etwa 1,60, der andere 1,75 Meter groß. Der kleinere hat über dem linken Kassenloch eine rote Mittelung zur Auffälligkeit an das Raubdegenat im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums.

# Öffentliche Kundgebung

gemeinsam mit dem Reichsbanner

am Sonntag, dem 11. März 1928, um 16 Uhr,

im Lokal „Bürgergarten“ in Johannisthal.

Ansprache: Reichstagsabgeordneter Franz Künster.

Aussstellung zum Umgang mit Must um 14 Uhr Kaiserstraße Ecke Riedorfer Straße. — Männer und Frauen, erscheint in Massen!

106. Abteilung Johannisthal der SPD.

(schaf. Herr Diamanti, Vorsitzender der „Pferdeschutzvereinigung über ganz Deutschland“, setzte sich in seinen Ausführungen für die Schaffung von Fochrschulen ein, in denen die Reiter sachgemäß Anweisungen für die Behandlung von Pferden erhalten sollen.

Im Anschluß an die Ansprachen wurden drei Tierfilme vorgeführt, die das Einzige und die Begleitern aller Anwesenden erregten. Einem Kagenfilm folgte ein Film, der das Leben der Waldpögel — „von der Wiege bis zum Grabe“ — zeigte. Als Hauptfilm lief der „Schwarze Jullon“ Ein hinreißender Hymnus auf das freie Pferd, mit dem der Mensch in der Wildnis eine Schicksalsgemeinschaft erlei. Sein Sehen und Erleben führt der Weg zum Verleben und der Achtung vor dem Tier, das nur der intellektualistischen Ueberlegenheit der Menschen, nicht aber einer rohen Gefinnung — die das Tier selbst nicht kennt — unterworfen werden darf.

# Amanullahs Abreise.

Die Monarchisten Berlins haben den ersten offiziellen Königsbesuch bei der deutschen Republik hinter sich: die afghanischen Majestäten haben gestern die Reichshauptstadt verlassen, um sich über Essen und Paris nach London und von dort nach Moskau zu begeben. Vorher hatten Amanullah und Hindenburg unter dem gewöhnlichen Zeremoniell Abschiedsbesuche ausgetauscht, außerdem hat der Emir die Presse zu einem Empfang geladen, bei dem er sich für seine Aufnahme in Deutschland bedankte und einigen ihm zunächst stehenden Journalisten seinen königlichen Händedruck verabreichte. Um 15 Uhr 30 erfolgte vom Bahnhof Friedrichstraße, der pompös ausgestattet war, die feierliche Abfahrt. Reugierige hatten sich angesammelt.

Das Gepäck des Emirs hat sich durch seine Antäufe in Deutschland und die verschiedenen Geschenke nicht unwesentlich vermehrt.

# Nicht Schulgeld, sondern Schulsteuer.

Der Bund entschiedener Schulreformer veranstaltete eine öffentliche Kundgebung gegen das Schulgeld, für die Schulsteuer. Frau Helene Stoeder und Professor Detschke erläuterten an zahlreichen Beispielen die Unberechtigung des bisherigen Systems. Studienrat und Stadtverordneter Dr. Witte sprach über die grundsätzliche Seite der Schulgebührenfrage. Das Schulgeld, das ja nur einen Bruchteil der Gesamtkosten der Schule deckt, erreicht eigentlich nur, daß die höhere Schule zu einem Privileg der Kinder begüterter Eltern gemacht wird. Die verbleibenden Kosten müssen von den Steuerzahlern aufgebracht werden. So kann der Fall eintreten, daß der wenig Begüterte sein bescheidenes Kind auf die Volksschule schicken muß, weil er das Schulgeld nicht erschwingen kann, mit seiner Lohn- oder Gehaltssteuer aber dazu beiträgt, daß das Kind eines mit Glückseligern mehr Begünstigten, sei es noch so unbedeutend, eine bessere Schulbildung erhält.

Die Ungerechtigkeit eines solchen Systems liegt auf der Hand. Es stemmt das Wort von der Möglichkeit des Aufstiegs der Begabten zur Phrasen. Von den Rednern wurde gefordert, daß eine Schulsteuer, an der auch linderlose Familien beteiligt sein sollen, das Schulgeld ablöst. Bis so ein Gesetz geschaffen wird, sollten die Länder und Gemeinden die Staffelnung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern und des Zahl ihrer Kinder vornehmen. Eltern, deren Einkommen weniger als 3000 M. jährlich beträgt, sollen von der Schulgebühren völlig befreit werden. Die Redner mandten sich gegen die Leistungsaufschlag und forderten, daß die Schulgebühren nicht von den Leistungen und dem Betragen der Schüler abhängig gemacht wird. Die Versammlung stimmte einer Entschließung zu, in der diese Forderungen zum Ausdruck gebracht werden.

# Weltliche Schule in Tempelhof.

Trotz aller Schwierigkeiten, die die Bezirkschuldeputation in Uebereinkommung mit der Geistlichkeit der Errichtung einer weltlichen Schule im 13. Bezirk (Tempelhof, Mariendorf, Vichtenrade, Mariensfelde) bereitet, schreitet die Werbung für die weltliche Schule rüstig fort. Es liegt schon eine stattliche Zahl neuer Meldungen vor, doch werden die Parteigenossen dringend gebeten, die Werbearbeit der freien

Schulgemeinschaft kräftig zu unterstützen. Anmeldungen von Schülern für die Schule, besonders von Anfängern, sind vorläufig zu rüthen an eine der folgenden Adressen: Karlen, Berliner Str. 56. Klubs, Kaiserforst 102. Klubs, Dorfstr. 32 in Tempelhof oder Hammer, Kurfürstenstr. 45 und Herzog, Köpenicker Str. 44 in Mariendorf. Wegen der Nähe des neuen Schuljahres ist größte Beschleunigung notwendig.

# Freitod eines Majors a. D.

Aus dem dritten Stockwerk in die Tiefe.

Gestern abend gegen 19 Uhr stürzte sich in einem Anfall von Schwermut der 73jährige Major a. D. Paul v. Glajennapp aus einem Fenster seiner im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung im Hause Forststraße 53 zu Sieglitz auf den Hof hinab.

Bewohner des Hauses wurden durch einen schweren Aufschlag auf dem Hof alarmiert. Sie stürzten hinzu und fanden in einer großen Bluttafche den Greis bewußlos auf, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Nach dem ein zu Hilfe gerufener benachbarter Arzt an der Unglücksstelle eintraf, war v. Glajennapp, der einen doppelten Schädelbruch erlitten hatte, seiner schweren Verletzung erlegen. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Bergfriedhof in Sieglitz übergeführt.

Glajennapp wurde erst kürzlich von einem schweren Schiffschlag getroffen. Vor etwa drei bis vier Wochen suchte seine gleichaltrige Frau auf dieselbe entsetzliche Art den Freitod. In Abwesenheit ihres Mannes stürzte sie sich aus dem Fenster ihrer Wohnung auf den Hof hinab, von dem sie sterbend fortgetragen wurde. Der Tod der Gattin dürfte zu dem plötzlichen Entschluß des Einjamen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, beigetragen haben.

# Ein Neunjähriger totgefahren.

Auf der Berliner Chaussee in Spandau in der Nähe des Hüttenwertes ereignete sich gestern abend ein schwerer Straßenunfall mit tödlichem Ausgang. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes wurde dort der neunjährige Heinz Lehmiter, dessen Vater die Försterei in der Apparatefabrik Spandau versteht, von einem Tankwagen erfaßt und überfahren. Die Räder des schweren Gefährts gingen so unglücklich über den Oberkörper des bedauernswerten Kindes hinweg, daß es mit schweren inneren Verletzungen in das Spandauer Kreiskrankenhaus übergeführt werden mußte. Ärztliche Hilfe war vergebens, das Kind starb kurze Zeit nach seiner Entlieferung.

Ein Volkshotel für Berlin. In der Kreisvertreterversammlung des 6. Kreises Kreuzberg wurde der sehr beachtenswerte Vorschlag gemacht, in Berlin ein Volkshotel zu errichten. Näheres darüber finden unsere Leser in dem Bericht über die Kreisvertreterversammlung, der in der Stadtblatte des „Vorwärts“ am Freitagmorgen erscheint.

Die Scala im März. Bunt und vielseitig ist das Märzprogramm der Scala. Die Sensation des Abends aber ist wieder Raffest. Raffest, der alles bisher Gesehene aus dem Gebiete der Jongleurkunst in den Schatten stellt, für den es scheinbar keine Begrenzung der Schwerkraft gibt, der mit tänzlerischer Annuit und Selbstfreude an seiner Arbeit seine bunten Bälle herumwirbelt, den Zuschauern und wohl auch ihm selbst zum Genuß. Mit eleganter Routine produziert sich Frau Mills am Trapez. Viel Freude löste der Hundezirkus, den Paul Sander vorführte, aus. Walzer- und reigenartige Hünde sind aber auch gewiß eine besondere Leistung des Dresseurs. Auch die Alfred-Jackson-Girls sind wieder da, langen mit der bekannten Grazie und erfreuen durch ihren Charme. Eine weitere gute Tangnummer ist „Hermanowa und Dorewski“. Beruf und Partner in ihren klassischen Darbietungen sind so gut eingearbeitet, daß sie, obgleich zwei, oft zu einer Einheit verschmelzen. Mit neuem, lustigem Repertoire wartet „Max Hansen“ auf. Selbst der Weltkämpfer muß über keine Komit lachen. Paul Gordon tanzt auf dem Drahtseil mit verblüffender Sicherheit wie andere Sterbliche auf ebener Erde. Daß es doch noch immer wieder neue Dinge in der Equilibristik gibt, zeigt die Ledni-Loffani-Gruppe. Hier holt sich der Jüngste der Truppe einen Sonderapplaus. Den amüsanten Abschluß des Programms bildet die hier nicht mehr unbekannt Parodie: „Ein Abend in einem amerikanischen Lingsel-Tempel“, ausgeführt von der Billy-Drop-Truppe, die dafür sorgen, daß man noch auf der Straße über ihre Späße lacht.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt







# Nationale Elektrofragen der Saar.

Von W. Armbruster, Beigeordneter in Saarbrücken.

Oft genug hat der „Vorwärts“ die Öffentlichkeit über die fröhlichen Fragen der Saarelektrizitätswirtschaft unterrichtet. Dennoch scheinen gewisse Kreise noch immer nicht begriffen zu haben, worum es im Saargebiet geht. In den letzten zwei Jahrzehnten hat die deutsche Elektrizitätswirtschaft einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Die Stromerzeugung ist mehr und mehr von den Orten des Stromverbrauchs an die Förderstätten der Kohle, aus denen der Strom erzeugt wird, verlegt worden. Das war selbstverständlich bei den Wasserkraften. Aber vor allem auf der Braunkohle, in großem Ausmaß jedoch auch auf Steinkohlebasis wurden Großkraftwerke errichtet, die über Hunderte von Kilometern hin aus weit gebühnten Leitungsnetzen ihren Strom verteilen. Von dieser

## Entwicklung wurde das Saargebiet ausgeschlossen.

Nicht einmal das Saargebiet selbst konnte eine einheitliche Elektrizitätswirtschaft organisiert werden, weil zwei der maßgeblichsten Unternehmungen sich seit Kriegsende in französischer Hand befanden, geschweige denn, daß die Gebiete, die man zum natürlichen Abgabebereich für Saarkohlenstrom rechnen kann, die südliche Rheinprovinz und Süddeutschland, von dort her ihren Strombedarf hätten decken können. So wurde das Saargebiet elektrowirtschaftlich isoliert, und mit fühnem Griff drang das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, zuerst unter der Führung von Hugo Stinnes, jetzt unter Böglers Leitung, dort ein, wo es sich bemühte, seinen Braunkohlenstrom an die Stelle des Saarkohlenstroms zu setzen. Außerdem wurden in Süddeutschland noch Steinkohlekraftwerke auf der Grundlage von Ruhrkohle, die zu Schiff rheinaufwärts gefahren wird, gegründet, die zum Teil ebenfalls unter RWE-Einfluß stehen.

Als jetzt das RWE ins Saargebiet selbst vorzudringen begann, da rührten sich die Saarländer, die nunmehr die ihnen drohende Gefahr erkannten, und setzten sich gegen den Expansionsdrang des RWE zur Wehr. Die Voraussetzung hatte hierfür die Stadt Saarbrücken geschaffen, die unter erheblichen finanziellen Aufwendungen die Mehrheit der größten Saarelektrizitätsgesellschaft, der

## Saarland-Lothringen-Elektrizitäts-K.G. aus französischer Hand übernahmen

hätte. Durch den bekannten Demarkationsvertrag wurde dem Vordringen des RWE eine Grenze gesetzt. Mit in der Geschichte privatrechtlicher Verträge unerhörter Rücksichtslosigkeit hat sich aber das RWE über Buchstaben und Geist dieses Vertrages hinweggesetzt und den Vertrag nicht einmal, sondern wiederholt gebrochen.

Dagegen hat sich das Saargebiet mit aller Entschiedenheit aufgeführt. Alle politischen Parteien von links und rechts, die Gewerkschaften aller Richtungen und fast alle maßgebenden deutschen Wirtschaftsjührer und Beamte sehen in dem Verhalten des RWE eine schwere Schädigung des Saargebiets und fordern, daß endlich dem Saargebiet in der deutschen Elektrizitätswirtschaft der Platz eingeräumt wird, auf den es Anspruch erheben darf. Das Saargebiet will sehen, daß

## es Deutschland ernst mit den Hilfsversprechungen

ist, die es ihm gemacht hat, daß es ihm erst mit den Zusagen ist, die das Saargebiet in der Reichstagsresolution vom Februar, die von der Reichsregierung die Förderung einer auf der Saarkohle basierenden Elektrizitätswirtschaft forderte, und in der Resolution des Haushaltsausschusses des Preussischen Landtags erließ, die den Schutz des Saargebiets vor dem Vordringen des RWE verlangte.

Die Bergarbeiter, die über ein Drittel der Bevölkerung des Saargebiets darstellen, die gerade jetzt unter dem Druck der großen Abbauktion der französischen Grubendirektion stehen, wollen, daß ihnen jetzt wenigstens deutlich gezeigt wird, daß Deutschland ihnen zu helfen bereit ist. Ganz überwiegend hat die deutsche Presse Verständnis dafür gezeigt. Es wäre unverständlich, wenn es anders wäre.

Aber die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ will anscheinend von dieser Einheitsfront eine Ausnahme machen. Sie hält es für richtiger, sich mit den bekannten schwerindustriellen Blättern, wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und der „Deutschen Bergwerkszeitung“, in eine Front zu stellen und den Interessen und Forderungen des Saargebiets ein lautes Ohr hinzuhalten, um so besser aber alle Winke zu verstehen, die ihm aus Effen vom Vorstand des RWE gegeben werden. Vor knapp drei Wochen hatte die „D.A.Z.“ immerhin noch soviel Einsicht, daß sie selbst feststellte: „In dieser Frage wird der am gerechtfertigsten dastehende, der in seiner Friedensliebe im Interesse einer Beilegung des für Deutschland ungemein schädlichen Konflikts um ein paar lumpige Mark am meisten beiträgt, eine Feststellung, die offensichtlich in erster Linie dem RWE gelten sollte. Das Blatt forderte außerdem das RWE auf, einer Lösung zuzustimmen, die an maßgebender Stelle bereitgehalten werde.“

Es handelt sich dabei um ein seit Jahren verfolgtes Projekt, demzufolge die Versorgung des Saargebiets und der südlichen Rheinprovinz in einer Gesellschaft zusammengefaßt werden und das RWE sich verpflichten soll, dem Export von Saarkohlenstrom nach Süddeutschland keine Hindernisse in den Weg zu legen. Dieses Projekt ist von der „Saarbrücker Zeitung“, dem Organ der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, die der Deutschen Volkspartei, der

## Partei des Reichswirtschaftsministers und des Reichsaugenministers

entspricht, als die „für das Saargebiet idealste Lösung“ bezeichnet worden. Jetzt ist diese Lösung dem Herrn von der „D.A.Z.“ auf einmal nicht mehr gefällig. Er bringt es fertig, zu behaupten, daß die Saarland-Lothringen-Elektrizitäts-K.G., die die Trägerin der neuen großzügigen Saarelektrizitätswirtschaft werden soll, eine „Herzensangelegenheit der roten Genossen im Saar-

gebiet“ sei, obwohl andere Parteien in gleicher Weise für sie eintreten wie die Sozialdemokratie, und auf diese Weise die Saarelektrifrage als eine parteipolitische Angelegenheit abzustempeln. Er erklärt, daß das Projekt, das er selbst vor drei Wochen noch empfahl, unklar und undurchführbar sei, und behauptet schliesslich, die Maßnahmen der Reichsbahn, die Gasfernversorgung, die Errichtung neuer und der Ausbau alter Industrien, sowie die Frage einer Situationsverbesserung durch Kanäle seien Dinge, deren Ermöglichung „ernst zu prüfen sein wird“.

## Das Saargebiet soll sich also bescheiden,

der Herr von der „D.A.Z.“ wird ernsthaft prüfen, was geschehen kann. Bis dahin soll das Saargebiet sich nur dem RWE unterwerfen und seine Ausschaltung aus der deutschen Elektrizitätswirtschaft ruhig mit ansehen. Denn die „D.A.Z.“ wird erst einmal prüfen, was dem Saargebiet nützen kann, und wenn die Projekte der Saar, die ihr helfen können, Herrn Böglers nicht gefallen sollten, so wird der Herr P. R. der „D.A.Z.“ der Saar noch einmal gut zureden und andere Pläne ernst prüfen. Diese nationale Politik hält er wahrscheinlich für eine Politik der Lat. Das Saargebiet hat kein Verständnis dafür. Das Saargebiet fordert hier sein Recht, und es wird es auf anderen Gebieten fordern. Es hat aber nicht die Absicht, auf sein Recht zu verzichten, weil Prestigepolitik und Geschäftsinteressen des RWE die Durchführung des Projekts unmöglich machen, das eine ideale Lösung darstellt, und das Saargebiet muß fordern, daß notfalls die ganze Autorität des Staates für seine Interessen eingesetzt wird.

## Ausflüchte, keine Zugeständnisse.

Das Präsidium des RWE hat in seiner vorgestrigen Sitzung zur Saarelektrifrage Beschlüsse gefaßt, die wie ein Zugeständnis aussehen, in denen das Präsidium des RWE aber eher aufzutrompseln versucht, statt daß es dem Saargebiet wirklich näherkäme. Das RWE erklärt sich bereit, daß der mit der Weizerzentrale geschlossene Vertrag aufgehoben wird, wenn die Organe des Zweckverbandes Weizerzentrale diese Aufhebung wünschen. Das Präsidium erklärt aber selbst, daß es damit nur einen alten Beschluß vom 4. Januar bestätigt. Infolgedessen ist darin kein neues Entgegenkommen zu erblicken. Ein solches Entgegenkommen wäre erst dann gegeben, wenn der Saarland-Lothringen-Elektrizitätsgesellschaft angeboten würde, eventuell in den Vertrag des RWE einzutreten. Da dieses Entgegenkommen fehlt, ist der zweite Beschluß des Präsidiums nicht ohne weiteres verständlich, daß die Saarland-Lothringen-Elektrizitätsgesellschaft umgehend für das Gebiet der Weizerzentrale das mit Preußen abgeschlossene Demarkationsabkommen rechtsverbindlich anerkennen soll.

Merkwürdig muß die Öffentlichkeit die Erklärung anmuten, die mit Rückdruck jeden Vorwurf zurückweist, durch das Verhalten des RWE seien nationale Interessen im Saargebiet geschädigt worden. Das ist in der Tat der Fall. Die tiefe Erregung des Saargebiets, das Verhalten der Regierungskommission des Völkerbundes in den Elektro- und Gasfragen sind Beweise dafür. Wir möchten die „großen Kreise des Saargebiets“ kennen, die ein möglichst enges Zusammengehen mit dem RWE, wie es in dessen Erklärung heißt, wünschen. Ein solches enges Zusammengehen, wie es das RWE auffaßt, könnte nur zur Folge haben, daß das Saargebiet als Kolonie des RWE ausgezogen wird und zwar um so mehr, als die Erklärung des Präsidiums es sorgfältig vermeidet, auf die für die Lösung der Saarelektrifrage gemachten praktischen Vorschläge einzugehen.

## Preisgabe von Staatsinteressen.

### RWE-Nach dem Privatkapital ausgeliefert.

Die Präsidialsituation des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks hat unter Hinzuziehung von vier kommunalen Vertretern und einem Vertreter des preussischen Fiskus beschlossen, das 200 Kilometer lange Gasfernleitungsnetz des RWE an die Aktiengesellschaft für Kohleverwertung zu verkaufen.

Für die Öffentlichkeit kommt der in Effen gefaßte Beschluß nicht mehr ganz überraschend. Seit vielen Monaten hat das private Jochenkapital der Ruhr um die Uebertragung der RWE-Leitung mit ungeheurer Hartnäckigkeit gekämpft; denn das Gelingen auch des Minimalprogrammes der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung, sich im rechtsrheinischen Rheinland auszudehnen, hing von dem Erwerb dieser Leitung ab.

Ueberraschend ist dagegen etwas ganz anderes, nämlich die wohl kaum zu bestreitende Tatsache, daß der in der Meldung genannte Vertreter Preußens dem Verkaufsvertrag mit der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung zugestimmt hat, womit erst die Bahn frei wurde auch für die bedenkenfreie Zustimmung auch der übrigen öffentlichen Vertreter in dem erweiterten Präsidium des RWE. Die deutsche Öffentlichkeit wird dieses Verhalten der Vertreter des preussischen Staates nicht begreifen können, denn die preussische Zustimmung bedeutet für die Aktiengesellschaft für Kohleverwertung als den Erwerber des Ganzen des öffentlich kontrollierten RWE, das Sprungbrett des von ihr erstrebten privaten Ferngasmonopols, und der preussische Staat selbst hat dieses Sprungbrett bereitgestellt.

Dieses Verhalten sieht im Widerspruch zu dem, was von den verantwortlichen preussischen Stellen zu erwarten gewesen wäre. In einer Sitzung der Düsseldorf-Handelskammer hat noch vor kurzem ein Vertreter des preussischen Handelsministeriums deutliche Bedenken gegen die privaten Ruhrgaspläne geäußert. In einer kürzlich gehaltenen Rede hat Handelsminister Dr. Schreiber erklärt, daß der Staat Preußen mächtig genug sei, um die Gefahr eines privaten Gasmonopols zu verhindern. Hier ist an entscheidender Stelle das

Gegenteil davon geschehen. Wir müssen annehmen, daß die Zustimmung des preussischen Vertreters unmöglich ohne besondere Ermächtigung der verantwortlichen Stellen erfolgt sein kann.

Über auch ganz klare Beschlüsse des preussischen Landtags werden verlegt. Vor etwa einem Jahre schon hat der Hauptausschuß des Preussischen Landtags folgenden Antrag der preussischen Zentrumspartei angenommen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, der Frage der Ferngasversorgung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und im Interesse der Kommunen und Konsumenten dem Staate früh genug größtmöglichen Einfluß in den Ferngasversorgungsentscheidungen zu sichern.“

Diese als Willensäußerung der preussischen Volksvertretung der preussischen Regierung übermittelte Entschlieung wäre durch die Instruktion des preussischen Vertreters im RWE flagrant verletzt. Die verantwortlichen Stellen können sich nicht darauf berufen, daß die Öffentlichkeit verärgert hätte, auf die Bedeutung des Verkaufsvertrages beim RWE hinzuweisen. Das ist vom „Vorwärts“ und auch von zahlreichen bürgerlichen Zeitungen immer wieder geschehen. Das preussische Handelsministerium hat dieselben Staatsinteressen, die der Landtag ihm sorgfältig zu beachten aufgab, preisgegeben. Im RWE, wo über drei Viertel der Stimmen und über die Hälfte des Aktienkapitals in öffentlichen Händen liegen, war sogar kaum eine Möglichkeit gegeben, ohne mit der Volksvertretung vorher Rücksprache zu nehmen, von der Landtagsentschlieung abzuweichen. Das ist aber geschehen, und die Verantwortung dafür wird von den Beteiligten getragen werden müssen.

## Labile Konjunkturforschung.

### Stimmt die Diagnose des Instituts für Konjunkturforschung?

Wir erhalten folgende Zuschrift, deren Ton vielleicht etwas derb ist, deren Inhalt uns aber für die richtige Beurteilung der gegenwärtigen Konjunktur und der Arbeit des Konjunkturforschungs-Instituts im höchsten Maße beachtlich erscheint:

„Mit Begeisterung las ich erst in den Zeitungsnachrichten und dann im letzten „Bierteljahrsheft zur Konjunkturforschung“ die genaue Beurteilung der Konjunkturlage. Die Beschäftigung ist wesentlich zurückgegangen. Zum großen Teil beruht dies freilich auf jahreszeitlichen Einflüssen. Jedoch läßt sich auch eine konjunkturalische Abwärtsbewegung beobachten: Die Verbrauchsgütererzeugung hat sich um 4,6 Proz. die Erzeugung bei den Produktionsmittelindustrien um 2,4 Proz. vermindert.“

Fabelhaft! Was für Ketten sind unsere Berliner „Konjunkturforscher“; es gefingt ihnen, die saisonmäßigen Einflüsse ganz auszuschalten und dann die konjunkturalische Entwicklung so genau in Zahlen auszudrücken, wie niemand mehr in der Welt. Es störte mich zwar etwas, daß ich auf Seite 25 die nicht ganz gleichen Zahlen gesehen habe, nämlich nicht 4,6, sondern 4,8, und nicht 2,4, sondern 2,3 Proz. Das ist aber natürlich eine Kleinigkeit, und solche leichte „Labilität“ paßt vielleicht besonders gut für die „labile“ Konjunkturlage.

Stärker wurde meine Enttäuschung, als ich erfuhr, daß diese fabelhaften Angaben für die konjunkturalische Vermindeung der Erzeugung nichts anderes sind, als die Berechnung der Abnahme der Beschäftigung auf Grund der Statistik der Arbeiterbeschäftigung. Das wickte auf mich ungefähr so, als wenn ein Künstler, der eben in seinem Zylinder Spiegelleiter zubereitete und aus seinem Taschentuch Tauben ausfliegen ließ, selbst die Geheimnisse seiner Zauberkunst enthüllt hätte. Die Verbrauchsgütererzeugung“ steht eigentlich an Stelle der „Beschäftigung in den Verbrauchsgüterindustrien nach Ausschaltung der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und des Bekleidungs-gewerbes“; die Erzeugung bei den Produktionsmittelindustrien“ an Stelle der „Beschäftigung der Produktionsmittelindustrien nach Ausschaltung des Bau-gewerbes und der Baustoffindustrien“.

Wahrscheinlich hat man so nur der Einfachheit und der Kürze wegen verfahren; man darf aber bezweifeln, ob es angehtig wäre, die an sich gewiß interessanten Angaben über die Beschäftigung auf solche Art und Weise ohne jeden Vorbehalt auch als die Angaben über die Erzeugung zu gebrauchen. An die Spitze des Berichtes gestellt, im lapidaren Stil eines Befehls formuliert, sind diese Angaben geeignet, einen besonders starken Eindruck zu machen, obwohl ihr Wert für die Einschätzung der Produktion nicht unbestritten ist.

Direkt erschrocken bin ich aber, als ich unvorsichtigerweise die Wirtschaftszahlen auf der Seite 123 des gleichen Konjunkturberichts angesehen habe, und zwar die Indeziffern der Produktion. In diesen Zahlen habe ich keinen Rückgang, sondern im Gegenteil einen Anstieg der Produktion feststellen können. Die oben angeführten Zahlen bezogen sich auf den Vergleich der Beschäftigung Ende Januar mit der Ende Oktober. Die entsprechenden Indeziffern (nach eigenen Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung!) sind:

	Industrien der Grundstoffe	Verarbeitende Industrien
Oktober 1927 . . . . .	124,4	126,6
Januar 1928 . . . . .	129,5	132,4

Das heißt, daß die Erzeugung bei den Grundstoffindustrien um 4,1 Proz. und bei den verarbeitenden Industrien um 4,6 Proz. zugenommen hat! Welchen Zahlen soll man nun mehr glauben schenken?

Eins ist jedenfalls klar: entweder die Indeziffern der Produktion oder die Berechnung des Umfanges der Erzeugung auf Grund der Arbeitslosenstatistik, wenn nicht beides, muß irreführend sein. Und dann möchte ich die Verfasser des Konjunkturberichts fragen: Ob sie nicht der Meinung sind, daß erstens die Aufstellung der so kategorischen Behauptungen, die im Widerspruch zu den anderen Angaben derselben Stelle stehen, überhaupt die Aufgaben dieser Stelle diskreditieren, und daß es zweitens viel verantwortlicher wäre, die Ergebnisse einer so „labilen“ Konjunkturforschung in etwas bescheidenerer Form der Öffentlichkeit zu unterbreiten?“

# GIBSON GIRDLE

53

## DIE POPULÄRE MANOLI ZIGARETTE



## Mbonga. Von Erwin Friede.

Wie ein Hagelschauer waren die Hiebe der fürchterlichen Heipetische auf den nackten Körper des Schwarzen niedergeprallt. Die sprang unter ihrer gewaltigen Berührung die Haut auf Armen und Rücken auf. Aber Mbonga schien das klatschende Säulen nicht zu hören, einen Schmerz nicht zu verspüren. Nicht ein einziges Mal war sein Leib zusammengezuckt. Und nicht der leiseste Versuch eines Widerstandes sprach aus seiner Haltung. Mit demütigen Gesicht und unterwürdig hängenden Schultern stand er vor seinem schlanke weißen Herrn. Wie ungeheure Tausen fielen die Arme herab. Kleinfest war der Regier. Ein Schlag seiner gewaltigen Faust schmetterte jeden Gegner zu Boden. Doch seine Finger blieben schlaff, als wären sie sich ihrer urwüchsigen Kraft nicht bewußt. Wie konnte er es wagen, Hand gegen den Herrn zu erheben!

Recht hatte der Herr, wenn er ihn zürnte. Warum sollte er ihn dann nicht schlagen? Besser war es noch, als wenn er ihn anzeigte und man ihn in Fesseln legte. Zum Gespött seiner Dorfgenossen würde er dann werden, der sich so oft der Günst der weißen Herren gerühmt hatte. Die Männer würden ihn verhöhnen und die Frauen hinter ihm herlachen. Das alles wußte Mbonga sehr gut. Er wußte auch, daß andere Weiße ihre schwarzen Diener einfach über den Haufen schossen, wenn sie über ihn wütend waren. Sie konnten es, denn ihr Gott war ja der Stärkere. Man mußte ihnen gehorchen!

Als aber der herrliche Finger ihn aus dem Hof wies, weil die müde Hand die Peitsche nicht mehr führen konnte, zuckte er zusammen. Er hob sein verzerrtes Gesicht. Aus seiner Kehle drang ein dumpfes Gurgeln. „Herr!“ winzelte er. Unerbittlich blieb der Finger, nur die Peitsche hob sich wiederum. „Beh, du Hund, und laß dich hier nicht mehr bliden!“ drohte die heifere Stimme. Da schlich er fort. Unsicher war sein Gang, verfallen sein Körper. Ein Jittern schüttelte die kräftigen Glieder.

In seinem dumpfen Gehirn arbeitete es. Wie einen Hund hatte der Herr ihn donongejagt, weil der Reisschnaps und der nächtliche Tanz mit den Dorfgenossen sein Blut in einen so heißen Strom verwandelt hatte, daß rote Ringe vor seinen Augen tanzten und er nicht schlafen konnte. Und da hatte er ein Mädchen aus dem Hause gegriffen und war wie ein Tier über sie hergefallen, so daß sie schrie. Erster Schreck und übergroße Lust war ihr Schrei, dem schuldbehaftete Stille folgte. Denn die Mädchen liebten Mbonga und seine Kraft. Jede Unterbrechung beendete unnatürlich seinen Rausch, man hatte sie doch gehört. Rufe ertönten, Hunde heulten, Lärm brandete auf. Gehebt entfloß der Mann von nachtem weichen Fleisch. Notdürftig entkam er.

Als Mbonga am nächsten Morgen mit schuldbehafteter Miene vor seinen Herrn trat, war dessen Gesicht vor Zorn verzerrt. Er wußte alles und tobte, denn ihn selbst hatte der Regier geschändet, war doch das schwarze Mädchen ihm lieb vor allen und oft das stumme Spielzeug seiner Leidenschaften. Seine Peitsche straffte für Härlichkeiten, die er nun nicht mehr geben konnte.

Ein Wunsch nur lebte noch in Mbonga, als er fortgezogen war. Er mußte zurück, mußte den Herrn veröhnen. Denn dieser war mächtig und freigebig. Er besaß Sklaven und Vieh und war reich, obwohl er nur eine Frau hatte. Diese weiße Frau und ihr einziger Sohn waren Mbongas Hoffnung, sie mußten den Herrn für ihn umstimmen.

Tage lang umschlich er das Gehöft. Aber er traf nur das finstere Gesicht des Mannes, den er fürchtete und zu dem man nur in scheuer Ehrfurcht aufsehen konnte, oder die abweisenden, verlegenen Mienen seiner einseitigen Gefährtin. Selbst die Mädchen beachteten ihn nicht mehr. Das alles trug dazu bei, seine Sehnsucht wachsen und seine Hoffnung schwinden zu lassen. Ganz klein und verzagt war er, als endlich die Herrin über seinen Weg lief. Sie erschrak, wie er so plötzlich auftauchte. Erst als er demütig grüßte, zeigte sie ein freundliches Lächeln. Und beinahe erfaßte sie Mitleid, als sie ihn unter der Abtönung seiner Bitte zusammensinken sah. Doch auch sie wollte ihn nicht unter ihrem Gesinde wissen, denn ihr Blut floß träge und matt und konnte sie nicht verstehen lassen, daß es bei anderen heißer ist und zum Tiere macht.

Beißwurm lag die Enttäuschung auf Mbongas Schultern und drückte ihn zu Boden. Die riesige Gestalt kroch in sich zusammen. Und ganz langsam wuchs der Versuch hoch, die weißen Herren zu hassen. Zugleich fand ein noch unklarer Plan seine rohe Gestalt: letzte Hoffnung und letztes Sperrgitter gegen eine sinnlose Wit, die ihre ersten Fühler herausstreckte. Mit der Fähigkeit eines Schwachsinrigen wartete er auf den jungen Sohn des weißen Mannes. Er sah jeden, der das Haus verließ, doch lange mußte er aushalten, bis sein Augenblick gekommen war.

Laufen mußte der Regier, daß ihm der Schweiß herunterrannte, um den jugendlichen Reiter nicht aus dem Auge zu verlieren, denn in unbestimmtem Uebermut drückte er seinem Pong die Fersen in die Sella, daß die fliegende Fohrt seine blonden Locken klattern ließ. Furcht kannte er nicht, und wenn er noch so weit in der Landschaft herumstriffte, denn die weiße Haut schützte gegen alle Gefahren. Deswegen war es auch nicht Angst, die ihn hochfahren ließ, als eine schwarze Faust seinem Pferd in die Zügel fiel und es mit einem Ruck zum Stehen brachte, sondern maßloser Zorn über diese Frechheit, der auch beim Kind herrlich war und nach der Peitsche greifen ließ. Und nur aus grenzenlosem hochmütigen Erstaunen schlug er nicht zu, als er den Läufer erkannte.

Unwillig hörte er zu. „Rede keinen Unsinn, Mbonga, und troll dich aus dem Wege!“ — „Du mußt mir helfen, Junger Herr!“ wiederholte der Schwarze hartnäckig. Jetzt wurde der Junge wütend. „Gib den Weg frei, oder ich reite dich über den Haufen, du Hund!“ Da riß ihn der Schwarze vom Pferde, betäubte ihn mit einem vor-sichtigen Schlag gegen den Schädel. Erschreckt stürzte der Pong davon.

Mit scheuer Furcht trug der Regier sein Opfer in den Armen. Schlußwinkel gab es überall. Er konnte einen, den vor ihm wohl noch nie ein menschlicher Fuß betreten hatte. Unbemerkte gelangte er dorthin. Langsam legte er den Knaben auf die Erde, fesselte ihm Arme und Beine mit weichen Binden, damit er zwar keine Schmerzen empfand, aber ihm auch nicht entfliehen konnte. Ein Tuchnebel in den Mund machte ihn stumm. Dann führte er ihn Stufen und Schläfen, bis er zu sich kam. Brauenvolles Entsetzen weitete die Augen des Gefangenen, als er seine Lage erkannte. Doch beruhigend beugte sich Mbonga über ihn. „Der junge Herr braucht keine Angst zu haben, Mbonga tut ihm nichts. Der junge Herr soll nur für Mbonga bitten, daß Mbonga Arbeit bekommt und von seinen Freunden wieder geachtet wird.“ ...

Erst auf dem Rückweg wurde Mbonga die Tragweite seiner Tat klar. Er hatte sich einen Vorteil daraus berechnet, daß er den Sohn als eine Art Geißel betrachtete. Wenn er den Eltern den verlorengegangenen Erben anbot, mußten sie doch mit Freuden darin einstimmen, ihn in seine alte Stellung zurückzubringen. Jetzt ersah er ihn kalte Furcht. Was geschah ihm, wenn sie auf seinen Vorschlag nicht eingingen und ihn zwangen, das Versteck ihres Kindes zu verraten? Er wollte natürlich den jungen Herrn nicht verhungern lassen, und würde es dann sagen müssen. Dann hatte er sich aber an einem Weißen vergangen, ihn geschlagen und gefesselt. Sein Herz stockte bei diesen Gedanken. Feigheit hemmte seine rüstigen Schritte. Und dann lief er wieder ungestüm weiter, denn er konnte sein Verbrechen nicht mehr ungeschehen machen. Er mußte um ihre Gnade bitten.

Es war gut, daß es unterwegs Reisschnaps gab, denn als er im Dorf war, hatte er Mut. Eine große Aufregung hatte hier alles durcheinandergeworfen. Jeder wußte von dem reitenden Pferd, Jeder fragte nach dem Verbleib des Knaben. Mbonga hatte für alle nur ein stummes Kopfschütteln zur Antwort.

Und dann stand die weiße Herrin vor ihm. Sie sah vermeint aus und hatte verwüstete Augen. „Hast du unser Kind nicht gesehen?“ fragte sie zum hundertsten Male. Fremd erschien Mbonga die sonst so klingende Stimme. „Wißt du mir helfen, Herrin, daß

ich meine Arbeit wiederbekomme?“ Sie verstand ihn kaum, denn seine Rede war ein undeutliches Stammeln geworden, weil er sich fürchtete. „Hast du meinen Sohn nicht gesehen, Mbonga?“ fragte sie nochmals. Und ebenso wiederholte er, allmählich verbittert über ihre Verstandnislosigkeit: „Du mußt mir helfen, Herrin!“ Eine Drohung dunkelte in seinen Worten. Dann aber fiel er vor ihr nieder und umfaßte lebend ihre Knie.

Jetzt erst mußte sie, was er wollte. So empörte sie, daß er in ihrer großen Not noch persönliche Wünsche haben konnte. Zur gleichen Zeit roch sie den süßlichen Dunst von Alkohol aus seinem Munde. Vielleicht sagte ihr auch eine Ahnung, daß er mit dem Verschwinden ihres Kindes irgendeine Verbindung stand. In einer mit Schreden gepaarten Abneigung wollte sie sich von ihm abwenden, aber er hielt sie fest. „Hilf mir!“ sagte er zum dritten Male, und diesmal war es eine wütende Forderung. Da riß sie sich gewaltsam los und rief um Hilfe. Unter seinem festen Griff war ihr Kopf in Fesseln gegangen. Ein großes Lächeln blieb in seiner Hand. Im nächsten Augenblick fiel er mit einem dumpfen Laut um. Ein breiter Blutstrom brach aus der Wunde, die die Kugel ihres Gatten gerissen hatte ...

Mbongas Körper war schon längst verkauft, als man durch Zufall in einer verfallenen Höhle das Skelet des vernichteten Kindes fand.

## Das überwertete Examen.

Von H. Landenberger.

Die Strömungen der Nachkriegszeit haben es mit sich gebracht, daß das Problem der Berufswahl zu einer der brennendsten Tagesfragen geworden ist. Der verschärfte wirtschaftliche Konkurrenzkampf als äußerer Zwang und der psychoanalytische Hang der Zeit als Betonung der Persönlichkeitsrechte fordern es, jeden Menschen in einen seinen Fähigkeiten angepassten Wirkungskreis zu stellen.

Berufsberatungstellen, psychotechnische Eignungsprüfungen, sorgfältigste Berufsschulung versuchen in diesem Sinne, den Jugendlichen ihren Weg finden zu helfen.

Wertwürdigerweise wird das Prinzip der spezifischen Eignung gerade an einer Stelle vernachlässigt, die ihrem pädagogischen Einfluß nach am ersten dazu berufen wäre, es zu fördern: nämlich auf dem Gymnasium. Infolge der Tradition der führenden Kreise, die dem Abschlußexamen des Gymnasiums als Stempel einer gesellschaftsfähigen Allgemeinbildung einen Eigenwert zuerkennen, wird das Abitur von vielen erstrebt, die ihrer Veranlagung nach zum Hochschulstudium nicht bestimmt sind. Durch ihr Bestreben verleitet, schicken auch ausstrebende Elemente anderer sozialer Schichten häufig unter schweren wirtschaftlichen Opfern ihre Kinder, selbst wenn sie wissenschaftlich nicht begabt sind, aufs Gymnasium, um auch ihnen den Nimbus dieses Examins zu verleihen. Und der Staat verleiht diese Ansicht, indem er neuerdings das Abitur auch für Berufe verlangt, die gar nichts mit den Anforderungen dieses Examins zu tun haben.

Solange das Gymnasium sich wie bisher nur eine einseitige Ausbildung zum Ziele setzt, nämlich die abstrakt geistige, hat das Abitur nicht mehr Anspruch auf allgemeine Hochschätzung als jedes andere Fachexamen; der Fehler bei seiner Überwertung beruht auf der Gleichsetzung von wissenschaftlicher Begabung und allgemeiner Intelligenz. In vielen führenden Stellungen des praktischen Lebens gibt es geistig hochstehende Menschen, die sicher nur mit Mühe die Schwelle der Unterprima überschritten hätten; dagegen hat mit tadellosen Horazübersetzungen allein noch niemand seine Lebenstätigkeit erwiesen. Gibt man selbst zu, daß geistige Arbeit wertvoller ist als mechanische, so ist durchaus nicht einzusehen, warum gerade einer bestimmten Art geistiger Arbeit, nämlich der wissenschaftlichen, eine Ausnahmestellung eingeräumt werden soll. Das Niveau bestimmt sich nicht nach ihrer Art, sondern nach ihrer Qualität.

Dadurch, daß man unter dem Einfluß eines falschen Werturteils jungen Menschen eine Ausbildung gibt, die ihrer Begabung nicht entspricht, opfert man nicht allein ihre Zeit und Kraft einer Sache, von der sie niemals ein Äquivalent für die aufgewandte Arbeit erwarten dürfen; durch das beständige Gefühl der Unterlegenheit, das sich ihnen aufdrängen muß, nimmt man ihnen überdies das Selbstvertrauen und prägt ihnen in ihren eigenen Augen und in denen ihrer Umgebung das Zeichen der Minderwertigkeit auf.

Bezeichnenderweise lehrt die Erfahrung, daß häufig intelligentere Schüler und Schülerinnen mit Erlangung der Obersekundareife von der Schule abgehen, weil sie infolge ihres gewundenen Interesses an anderen Dingen ihre bessere Eignung für ein anderes Gebiet erbedet haben, während es Gleichgültige und Uninteressierte aus Bequemlichkeit und Interimsmis anderer Betätigungssphären vorziehen, sich noch weitere drei Jahre auf der Schule unterzubringen. Solche Elemente werden dann mit einem Aufgebot von Nachhilfestunden von Klasse zu Klasse geschleift; ob sie das Abitur bestehen, hängt ganz von der Einstellung der Lehrer ab. Diese haben entweder den Wunsch, eine möglichst hohe Schülerzahl durch das Abitur zu bringen und stellen, von persönlichen Ehrgeiz oder von falschem Mitleid geleitet, allen das Zeugnis der Reife aus. Sie vergessen dabei ganz, daß sie sie dadurch zum Hochschulstudium geradezu ermutigen und die wirkliche Entscheidung über ihre wissenschaftliche Befähigung nur auf einen späteren Termin vertragen, oder sie fürchten im letzten Augenblick vor dem Examen, sich durch unbegabte Schüler selbst ein Unfähigkeitzeugnis auszustellen und verweigern ihnen dann wider jedes Erwarten und scheinbar ohne jede Berechtigung die Zulassung zum Examen.

Ob es nun unheilvoller ist, einen jungen Menschen in eine falsche Laufbahn zu drängen oder ihn die Bitterkeit des Mißerfolges durchlocken zu lassen, bleibe dahingestellt. Durch eine rechtzeitige pädagogische Führung kann beides vermieden werden.

Aber im entscheidenden Zeitpunkt, nämlich bei der Verlegung nach Obersekunda, wo die jungen Menschen gerade das richtige Alter haben, sich auf einen Beruf vorzubereiten, enthalten sich die Lehrer jeder beratenden Stimme. Sie erfüllen ihre Antspflicht, indem sie die Leistungen ihrer Schüler nach ziemlich schematischen Grundrissen mit Nummern abstemple, ohne sich mit der Frage nach psychologischen Zusammenhängen zu belosten, und geben dadurch, den Eltern zuweisen ein recht falsches Bild von den Fähigkeiten ihrer Kinder.

Wäre es unter diesen Umständen nicht erwünscht, das Abitur schon auf einen drei Jahre früheren Termin zu verschieben und es von einer Reifeprüfung an eingelerntem Wissensstoff zu einer wirklichen Eignungsprüfung umzugestalten? Ein solches Examen, das nur für die Schüler, die das Gymnasium weiter besuchen wollen, obligatorisch sein dürfte, würde Eltern, Lehrer und Schüler zwingen, sich rechtzeitig über ihre Entschlüsse klar zu werden, es würde weniger Befähigte von fruchtlosen Versuchen zurückhalten, und die dadurch getroffene Auswahl von höher Begabten könnte weit besser und gründlicher auf die Unirversität vorbereitet werden.

Die angeführten Betrachtungen gelten selbstverständlich nur für die Schule, wie sie in den Regelschulen heute ist. Sollte einmal in Zukunft aus der Lernschule eine Lebensschule werden, so bekommt das Abitur vielleicht wirklich die Bedeutung, die man ihm heute irrtümlich beilegt. Dann werden der Jugend aber auch nicht mehr Studienräte, sondern Führer und Freunde zur Seite stehen.

## Ein Wurm, der von Pol zu Pol wandert

Die Erforschung der Bipolarität, wie die Wissenschaft die Erscheinung zahlreicher artengleicher, in den Eismereen der Nord- und Südpolarländer auftretender Tiere nennt, die jedoch in den übrigen Weltmeeren gänzlich fehlen, gehört zu den interessantesten Problemen der Tierkunde. Schon die Tiere, die das Plankton jener Meere bilden, d. h. die kleinen und kleinsten, frei auf der Oberfläche des Wassers schwebenden Lebewesen, zeigen eine ausgesprochene Ähnlichkeit in ihrem inneren und äußeren Körperbau, und gewisse Kleintiere (Calanus) trifft man überhaupt in zwei ganz gleichen Arten an beiden Polen an. Noch auffälliger prägt sich, wie Boreogreppin beobachtet hat, die Ähnlichkeit der Seichtwasserart der beiden Eismere aus, die in beiden Gewässern in so völlig gleichen Arten vorkommen, daß selbst genaue Untersuchungen keine Unterschiede feststellen konnten. So finden sich beispielsweise gewisse kleine Röhrenquallen (Siphonophoren) wie auch Seegurken (Holothurien) nur in den Polareismereen, während man sie in den dazwischenliegenden Meeren noch niemals antrifft; an einem kleinen pelagischen Wurm (Sagitta), der an den Polen nur in den oberen Wasserschichten lebt, machte man dagegen die merkwürdige Beobachtung, daß er in den tropischen Ozeanen ebenfalls vorkommt, doch dort als Bewohner der Tiefsee. Dieser Fall ist besonders deshalb beachtenswert, weil er zeigt, daß der kleine Wurm den weiten Weg von Pol zu Pol wandert, in den Meeren mit warmer Oberfläche jedoch in die kältere Tiefe taucht und erst wieder an die Oberfläche kam, als in der Nähe der Pole das Wasser auch in der Oberflächicht kalt wurde. Die Tiefseefauna weist überhaupt, weder an den Polen noch in den tropischen Meeren, wesentliche Verschiedenheiten auf, weil in der Tiefsee überall so ziemlich dieselben Temperaturen herrschen.

Die Erscheinung der Bipolarität stammt jedenfalls aus einer Erdperiode, in der das Klima an den Polen noch verhältnismäßig warm war. In dieser Zeit war die Tierwelt der beiden Polarmeere noch sehr formenreich, jedoch ganz gleichartig; als aber dann die Abkühlung begann und immer weiter bis zur fast völligen Vereisung von Land und Meer fortschritt, verschwand der weitest gehende Teil der Tiere und wanderte in die wärmeren Gewässer der Äquatorialregionen aus. Der zurückbleibende Teil der Tiere paßte sich dagegen der zunehmenden Kälte mehr und mehr an, und auf diese Weise entstand am Nord- und am Südpol eine Tierwelt, die, ursprünglich artengleich, auch trotz der inzwischen erfolgten Trennung sich ganz ähnlich blieb, da die Kälteeinwirkung an beiden Polen ganz gleich war und daher dieselben körperlichen Umbildungen hervorrief. Einen Beweis der ursprünglichen Artengleichheit liefert z. B. die Entwicklung der obengenannten Seegurke. Während sich bei der Seegurke aus den Eiern sonst immer Larven bilden und aus diesen erst das reife Tier entsteht, entwickeln sich die Eier der nur am Nord- und Südpol lebenden Seegurke ausnahmsweise in Brutfäden am Muttertier, so daß das Larvenstadium ganz wegfällt.

Der Nachlaß des armen Geigenbauers. Am Nachlaß eines in den ärmlichsten Verhältnissen vor einigen Monaten in San Francisco verstorbenen Geigenbauers namens Ignaz Lug fand sich eine Geige vor, von der man wußte, daß ihr Eigentümer sie stets als ein sehr kostbares Stück hoch in Ehren gehalten hatte. Die Geige wurde, da sich kein Testament vorfand, nach New York geschickt, um dort abgehängt zu werden. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß es sich um eine echte Stradivariusgeige handelt, deren Wert auf 12 000 bis 50 000 Dollar geschätzt wurde. Es hat sich bereits ein Käufer gefunden, und der Erbs der Geige wird der belagten Mutter des Verstorbenen ausgehändigt werden.



